

Die Freie Presse

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 141 — 1. Jahrgang | Saarbrücken, Dienstag, den 5. Dezember 1933 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

- Litwinow bei Mussolini
Seite 7
- Europäische Gedanken
Seite 3
- Ostpreußen
wimmelt von Erwerbslosen
Seite 4
- Die 13 Todesurteile
Seite 8
- Inseratenteil beachten!

Ausnahmezustand in Spanien

Der zweite Wahlgang — Friedliche Machtverschiebung oder Massenkämpfe?

Die Stichwahlen

Paris, 4. Dez. Havas berichtet aus Madrid, daß der Ausnahmezustand über ganz Spanien verhängt worden ist, weil die Regierung von einem möglichen Anschlag der spanischen Anarchisten, der in der Nacht zum Montag ausgeführt werden sollte, Kenntnis erhalten hatte.

Der Ministerpräsident erklärte, wenn der Ausnahmezustand nicht schon früher verhängt worden sei, so deshalb, um zu vermeiden, daß man den Eindruck hätte gewinnen können, die Regierung beabsichtige auf die Wahlen einen Einfluß auszuüben.

In der Nacht hat der Innenminister durch den Rundfunk an das spanische Volk einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt, die Wahlwischenfälle seien verhältnismäßig selten gewesen, aber ein Komplott sei in Vorbereitung gewesen. Da die Regierung alle Anschläge gegen die öffentliche Ordnung zu unterdrücken entschlossen sei, habe sie sich für die Verhängung des Ausnahmezustandes entschieden.

Nach einer Anstellung des Innenministeriums hat der zweite Wahlgang — soweit bloßer zu überleben — folgendes Ergebnis gehabt: Gewählt wurden:

- 10 Radikale,
 - 1 konservativer Republikaner,
 - 1 unabhängiger Radikaler,
 - 1 unabhängiger Republikaner,
 - 1 Mitglied der Volksvereinigung,
 - 5 Mitglieder der Landwirtepartei,
 - 2 Traditionalisten,
 - 8 Sozialisten,
 - 1 Kommunist.

In Madrid-Stadt sind 13 Sozialisten und 4 Rechtsparlamentarier gewählt worden.

In Burgos ist der Gründer der spanischen Faschistenpartei Dr. Albinana gewählt worden.

Zwischenfälle

Paris, 4. Dez. Es liegen eine Anzahl Meldungen über Zwischenfälle am spanischen Wahlsonntag vor. So wird aus Madrid berichtet, daß gegen das Madrider Kasino mehrere Steine geworfen wurden, wodurch zahlreiche Fenster scheiterten in Trümmer gingen. In einem Vorort von Madrid wurde auf einen Autofahrer ein Anschlag unternommen und der Eigentümer des Wagens erschossen. Vor den Eingangstüren zu zwei großen Kaffeehäusern in Madrid sind Bomben explodiert. Der Sachschaden ist beträchtlich, Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Man nimmt an, daß dieser Anschlag mit dem Streik der Kaffeehauskellner in Zusammenhang steht.

Havas berichtet aus Barcelona, daß die Verhandlungen über die Beilegung des Transportarbeiterstreiks schlagelassen sind. Im Stadtviertel Horta in Barcelona explodierte eine anscheinend von Anarchisten gelegte Bombe in einem Elektrizitätswerk. Ein Autobus, der trotz des Streiks ausgefahren war, wurde von Streikenden überfallen und in Brand gesetzt. In Terrasa hat die Polizei eine geheime Zusammenkunft von Extremisten ausgehoben und 4 Personen, darunter bekannte Anarchisten, verhaftet. Der Generalgouverneur hat die Verhaftung der Anarchisten und die Schließung der roten Gewerkschaften angeordnet. Die Verhaftungen werden an Bord eines Dampfers gebracht und dort inhaftiert.

Erregung

Madrid, 3. Dezember. Mehrfach versuchten Antifaschisten größere Truppen von Nonnen, die zur Wahl gingen, am Betreten der Wahllokale zu verhindern, so daß sie sich unter dem Schutz der Polizei flüchten mußten. In mehreren Fällen wurden Autos, in denen Nonnen oder die Insassen der von ihnen geleiteten Kiste herangebracht wurden, mit Steinen beworfen, zertrümmert oder gar verbrannt. Vor den Klöstern rotteten sich Haufen zusammen; sie konnten aber am Versuch, in die Gebäude einzudringen, von starken Polizeiaufgeboten gebindert werden. Besonders auffällig blühte diesmal der Wahlwandel in allen seinen Formen. Viele Personen, die des Stimmenkaufs überführt wurden oder verurteilt waren, mit gefälschten Wahlscheinen in mehreren Wahlbezirken zugleich zu wählen, wurden verurteilt oder verhaftet. Diesmal sind auch in Madrid einige Wahlurnen zertrümmert worden.

Wie „gewählt“ wurde

Ein Stimmungsbild aus Madrid schildert, wie am 30. November die Parlamentswahlen gemacht wurden, die nun am 3. Dezember durch Stichwahlen über 95 Mandate beendet wurden:

I. W. Wie es am Wahltag in den Dörfern, in den Städten zugeht?

Ganz einfach: Der Ausweis, den die Wähler zur einem einfachen bedruckten Blatt Papier, ohne Bild.

Und es ergab sich, daß einige Tage vor der Wahl ein wahrer Sturm auf die Steuerämter einsetzte. Alle Leute zahlten ihre Steuern, und viele, die bezahlen wollten, hörten zu ihrer Ueberraschung, daß bereits andere ihre Schuld beglichen und mit der Steuerquittung — dem Wahlausweis — das Weite gesucht hatten. So kam es, daß ein und dieselbe Person in verschiedenen Wahllokalen unter verschiedenen Namen sechs- und achtmal „ihre Kandidatur“ — die der Rechten — wählte.

In den Provinzhauptstädten und kleinen Orten waren am Tag der Wahl sämtliche vermeintlichen Autos an kapitalkräftige Bürger vergeben, und unter den Autobesitzern hatte sich eine Art Freiwilligendienst etabliert, der diejenigen, die Steuerzettel von Einwohnern anderer Orte eingelöst hatten, nach diesen Orten beförderte.

Das gesamte Bürgertum, aufgeschreckt aus seiner lethargie, war mobil gemacht. Vor allem aber die Frauen. Der Wahlsensus sah mehr als ein Drittel Frauen über der Zahl der männlichen Wähler vor; so sah man vor den Wahllokalen hauptsächlich jene Frauen der bürgerlichen Stände, in Trauer, mit dem schwarzen Schleier über den Haaren und dem dicken Kreuz im Ausschnitt, die man für gewöhnlich nur mit dem Gebetbuch aus den Kirchentüren treten sieht. Damit ihnen auch ja nichts passiere, waren die Wahllokale von zahlreichen Polizeitruppen flankiert, die oft sogar neben dem Präsidententisch Fuß faßten — trotz Verbotes! — und in den Arbeitervierteln die Schlangen der Wähler mit Gummiknüppeln auseinandertrieben. Sie wurden autorisiert von den Zivilgouverneuren, die die gesamte Verantwortung für die „öffentliche Ordnung“ trugen, und deren Hauptbeschäftigung seit etwa 8 Tagen vor der Wahl darin bestand, die „gefährlichen“ sozialistischen Elemente hinter Gelfängnismauern zu bringen, um besser den Bestechungsmethoden ihrer Freunde von rechts freien Lauf zu lassen.

Wenn man all das berücksichtigt, kommt das Wahlergebnis, das den Sozialisten in einigen Provinzen wenigstens die Minderheiten zubilligt, noch einem Himmelswunder gleich.

Bricht der Sturm los?

Madrid, 2. Dezember 1933.

Morgen sind die Stichwahlen, und heute erst, fast zwei Wochen nach den Hauptwahlen, sind die amtlich revidierten Wahlergebnisse des ersten Wahlganges bekannt gegeben worden. Sie machen den Eindruck willkürlicher Berechnungen, wenn auch zuzugeben ist, daß bei den zahllosen Verstößen gegen die Wahlordnung ein korrektes Wahlergebnis überhaupt nicht zu ermitteln war. Die Linksparteien erhalten nun nur noch 65 Mandate, von denen 27 den Sozialisten gehören, die in den konstituierenden Cortes 115 hatten. Der Rechtsblock hat 100 Abgeordnete. Das ist ziemlich die Zahl, der ihm schon nach den ersten Ausrechnungen zugesprochen war. Die Agrarpartei, die sich selbst nur 36 Mandate errechnet hatte, bekommt nun plötzlich 80 Mandate zugesprochen. Es ist das ein Trick der regierenden Geschäftsmänner, da die Agrarpartei zusammen mit den Verrouxisten, denen nach den ersten Wahlen 78 Sitze zugesprochen werden, den Kern der zukünftigen Regierungsbildung abgeben sollen.

Inzwischen sind diese Berechnungen unsicher geworden, da der Rechtsblock beschloffen hat, nur dann durch einzelne seiner Gruppen sich an einer republikanischen Regierung zu beteiligen, wenn das Wahlprogramm der Vereinigten Rechtsparteien mit einer sofortigen weitgehenden Verfassungsänderung angenommen wird. So ist es denn sehr fraglich, ob eine parlamentarische Regierung möglich ist.

(Siehe auch 2. Seite.)

Feuer an den Kirchen! „Provokateure“

Der Korrespondent der Obergebietsführung West der Hitler-Jugend gibt folgendes bekannt: Der von der Obersten SA-Führung als Sonderkommissar eingeteilte Sturmabteilungsführer Polizeipräsident Gelberg-Krefeld hat mit sofortiger Wirksamkeit, um weitere Unruhen in den Jugendverbänden zu vermeiden, bis auf weiteres allen katholischen und evangelischen Jugendorganisationen und deren Unterabteilungen das Tragen von Uniformen und Uniformitäten jeglicher Art verboten. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß verantwortungsbewusste Staatstellen endlich daran gehen, die immer mehr hervortretenden Provokationen gewisser noch existierender Gruppen einzudämmen.

Diese Meldung ist ein Symptom. Überall sind Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den Führern der katholischen Verbände im Gange, die sich zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit auf das Konkordat berufen. Jetzt werden auch die evangelischen Jugendverbände, obwohl sie nicht früh genug ihre Hitler-treue bekunden konnten, gewaltsam in die Hitlerjugend hineingezwungen. Alles was noch neben den Nazis zu existieren mag, ist eine „Provokation“! Wenn der Bischof von Limburg sich darüber beklagt, daß man in seiner Diözese eine immer stärker werdende Propaganda unter den katholischen Jugendverbänden zum Eintritt in die Hitlerjugend betreibt, so hilft ihm heute nicht einmal mehr der verzweifelte Anruf des Konkordats.

Während die katholischen Kirchenfürsten sich mit dem Aufgebot ihrer ganzen Autorität zur Erhaltung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre gegen die Gleichschaltung wehren, hat der evangelische Reichsbischof Müller die Auflösung der Bünde der deutschen Protestanten vor Augen. Die große Auseinandersetzung zwischen den „Deutschen Christen“, den im Pfarrernotbund vereinigten Geistlichen und ihren Anhängern und den Balthasar-Christen ist keine innerkirchliche Angelegenheit mehr. Sie ist auch über den Rahmen einer Krise schon hinausgeschritten. Keine beschwörende Erklärung ist imstande, den Strom der Austrittsbewegungen aus den „Deutschen Christen“ aufzuhalten, der alle Dämme zu brechen beginnt.

Das Unheil kam, als die „Deutschen Christen“ Totalitätsanspruch erhoben. Nach dem Vorbild der braunen Nacht wollten sie die Kirche „erobern“, wobei sie nicht bedachten, daß eine auf dem reinen Machtprinzip aufgebaute Kirche, die niemals autoritative Befehle von einer Zentrale erhielt, im Widerspruch steht zur Selbstverantwortlichkeit und Selbstentscheidung des gläubigen Gewissens. Von „rechts“ und von „links“ ist heute ein solcher Ansturm gegen die „Deutschen Christen“ im Gange, daß man bereits ganz offen von einer Auflösung der Glaubensbewegung und von einem völligen Scheitern der nationalsozialistischen Kirchenpolitik spricht. Der Reichsbischof Müller befindet sich in offenem Gegensatz zu den Kräften, die er selber zur Herstellung der Einheit der evangelischen Kirche gerufen hatte.

Man erinnert sich noch der Kirchenwahlen im September. Unter Druck und Zwang wurde die Mehrheit für die „Deutschen Christen“ hergestellt. Der ordnungsgemäß gewählte Pastor Bodelschwing mußte, weil er nicht zu den „Deutschen Christen“ gehörte, dem Reichsbischof Müller weichen, dem Hitler aus politischen Gründen besonders verpflichtet war. Hat doch Müller, wie Konrad Heiden in seinem neuen Buch „Nationalsozialismus“ mitteilt, Blomberg zu Hitler geführt. Jetzt fordert man von Müller, daß er sich von den „Deutschen Christen“ trenne. Da er aber durch sie ins Amt gekommen ist, so wird er diesem Verlangen wohl kaum nachgeben können, wenn er sich als Reichsbischof überhaupt noch halten will. Diejenigen, die die Lehre des Evangeliums rein erhalten wollen von politischen Ermägungen, bauen ihre Gräben immer besser aus, um die Position des Reichsbischofs sturmreif zu machen.

Jetzt soll das sogenannte geistliche Ministerium neu gewählt werden. Bei der völligen Verwirrung, die das

Evangelische Kirchenvolk gänzlich unklar gemacht hat, wird man vermutlich in Kürze kirchliche Neuwahlen ansetzen. Ob sie viel ändern werden? Hinter den „Deutschen Christen“ steht nach wie vor die braune Macht, der das Christentum nur Mittel zum Zweck ist. In die Kirchenvertretung sind allerorten heute Männer eingedrungen, die bisher als tätige Mitglieder der Gemeinde gänzlich unbekannt waren.

Aber die zahlreichen Landesbischöfe, die sich von den „Deutschen Christen“ getrennt haben, haben heute eine so starke Befolgung hinter sich, daß jeder Versuch, die Diktatur dieser sogenannten Glaubensbewegung auf neue zu festigen, die evangelische Kirche in Deutschland vollkommen auseinander bringen muß. Der Luthergeist, der hier in den vergangenen Wochen erweckt wurde, läßt sich nicht mehr beschwichtigen.

„Die Presse wird ersucht“

Der Kirchenkampf soll verschwiegen werden

Die Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche erscheinen nun der Nazileitung sehr unangenehm zu werden. Sie hat nun der Presse anferlet, aber keine Auseinandersetzungen mehr etwas zu bringen, nur die amtliche Notizen dürfen noch gebracht werden. Der Ufa's der Nazileitung für die Presse hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der abschließenden amtlichen Mitteilung von gestern abend, nach der von außen in den kirchlichen Meinungsstreit nicht eingegriffen werden soll, wird die Presse wiederholt ersucht, keine Nachrichten und Artikel über den kirchlichen Meinungsstreit zu verbreiten.

Diese amtliche Verlautbarung des evangelischen Pressedienstes (des evangelischer Nazipressedienstes) aber lautet:

Gemäß der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche traten heute die Führer der Landeskirchen zusammen, um dem Reichsbischof die Vorschläge für die Bildung des geistlichen Ministeriums zu unterbreiten. Der Reichsbischof eröffnete die Sitzung mit einer Erklärung, in der es u. a. heißt: In den letzten Tagen sind mir eine Fülle von Forderungen ultimativen Charakters gestellt worden. Ich erkenne an, daß hinter allen Vorschlägen der heilige Wille steht, den Bestand der Reichskirche zu sichern und den Reichsbischof unterstützen und tragen zu wollen. Für dieses Wohl danke ich allen von ganzem Herzen. Aber ein Reichsbischof kann und darf ultimative Forderungen irgendwelcher Gruppen nicht annehmen. Das verbietet die Verfassung des Reichsbischofs sein Amt, das macht ihn zum Exponenten dieser oder jener Gruppe. Ich fordere die Anwesenden auf, mir vorzulegen Männer zu nennen, welche die betr. Bekenntnisgruppen zu dominieren gedenken.

Nach der Bekanntgabe der Vorschläge durch die Kirchenführer berief der Reichsbischof folgende Persönlichkeiten in das geistliche Ministerium: Für die lutherischen Kirchen den Rektor der evangelisch-lutherischen Diakonissenanstalt Neuen-Dettelöden, Dr. Paule, für die Kirchen mit unierten Bekenntnisse Prof. Dr. D. Hermann Wolgast in Bever, Greifswald, für die reformierten Kirchen Seminarlehrer Weber.

Die Verfassung des reichskirchlichen Mitgliedes wird gemäß der Verfassung im Einklang mit der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union erfolgen.

Man sieht, die Nazis wagen es nicht, gegen die Gegner in der evangelischen Kirche mit denselben scharfen Waffen und Methoden vorzugehen, wie sie es gegen die politischen Parteien usw. belieben. Allerdings einen Maulkorb versucht man der Presse anzuhängen, damit nichts von den Auseinandersetzungen in das evangelische Kirchenvolk hineinkommen. Die opponierenden Pfarrer heißt man mit Konzeptionen fördern zu können. Sie dürfen sehr sogar Männer für das neue Kirchenministerium benennen. Das ist zwar ein kleiner Sieg der opponierenden protestantischen Pfarrer. Ob sie sich mit diesem Erfolg zufrieden geben und dafür ihre protestantischen Grundzüge aufopfern, kann noch in Frage gestellt werden.

5 Monate Gefängnis für einen Kaplan

Offen, 3. Dez. Das Dortmunder Sondergericht verurteilte den 34jährigen Kaplan Peter Brodeser aus Offen wegen Vergehens gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. März 1933 in Tateinheit mit Verletzung zu 5 Monaten Gefängnis. Brodeser, der als Religionslehrer an einer privaten höheren Lehranstalt tätig war, hatte sich in einem Gespräch mit seinen 16- bis 17-jährigen Schülern beleidigende Äußerungen gegenüber Reichsminister Dr. Göttele auszusprechen kommen lassen. Der Angeklagte gab die ihm zur Verfügung gelegten Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zu. Das Gericht habe ihm, so heißt es in der Urteilsbegründung, zwar eine gewisse Erregung zugebilligt, andererseits solle strafschwerend ins Gewicht, daß er seinen Schülern gegenüber, die der Hitlerjugend angehören, sich einer großen Anmaßung hätte befleißigen müssen, um sie nicht in Gewissenskonflikte zu bringen.

In der Verhaftung von drei katholischen Geistlichen durch die bayerische politische Polizei wegen Verbreitung von deutschfeindlichen Grenzschritten wurde nunmehr bekannt, daß einer dieser Beteiligten, der Stadtpfarrer Dr. Müller, der Leiter der sogenannten katholischen Aktion in Bayern ist. Bei diesem wurden umfangreiche marxistische Literatur und Mitgliedsbücher der Roten Hilfe gefunden.

Das Neueste

Ein 49 Jahre alter Professor in Freiburg hat sich und seine beiden Kinder mit Gas vergiftet.

Die Neuzozialisten hielten am Sonntag in Paris ihre eigentliche Gründungskonferenz ab.

Aus Rom wird gemeldet: Der schwerste Ausbruch des Sultans Manna Lo seit 1903 ist beobachtet worden.

Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion ist zum 25. d. M. einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Der Volkswirtschaftsplan und der Staatshaushalt der Sowjetunion für 1934, die Erarbeitung des Landwirtschaftsjahres 1934 und die Arbeitslosenzahl 1934, schließlich die Bestimmung der in der Zeit zwischen der letzten und der nächsten einberufenen Tagungen angenommenen Beschlüsse.

Fortschreibung von der ersten Seite.

Bricht der Sturm los?

Der Stimmwähler kann die parlamentarischen Kräfteverhältnisse nicht mehr entscheidend ändern. Überall im Lande rechnet man mit Links- oder Rechtsverschiebungen, obwohl bisher abgesehen von einigen kleineren Gebieten, Ruhe in Spanien herrscht.

Bleibt die Arbeiterschaft Spaniens willig über sich ergehen was die Agrarier wollen, so wird man etwa den gleichen Weg gehen, wie in Deutschland, allerdings in weniger brutaler Form.

Reform der Konstitution, Wiederherstellung des Unterrichtsrechtes für die religiösen Orden; Inhabierung der gesamten Sozialgesetzgebung, vor allem der Tarifverträge, Januarsmachung der Arbeiten für die Agrarreform und — falls möglich — neuerliche Verschmelzung von Kirche und Staat. Kurz — angeführt in seinem Werke — würde ein Scheinparlament der Agrarier nichts anderes bedeuten

Litwinow und Mussolini

Die beiden Gegner der Völkerbundspolitik

Rom, 4. Dezember. Litwinow ist auf einem italienischen Dampfer von Neapel in Italien eingetroffen. Er hat am Sonntag sofort Besprechungen mit Mussolini aufgenommen, über deren Ergebnis die regierungsoffizielle „Avanzo Stefani“ meldet:

Der Regierungschef empfing heute mittag im Palazzo Venezia den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litwinow und hatte mit ihm eine längere herzliche Unterredung. Mussolini und Litwinow erörterten gemeinsam die Fragen der internationalen Politik und im besonderen diejenigen, die beide Länder unmittelbar betreffen. Sie erwogen weiterhin die Möglichkeit einer Verringerung der allgemeinen politischen Lage im Geiste des kürzlich geschlossenen italienisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages und beschlossen, möglichst bald den Austausch der Ratifikationsurkunden vornehmen zu lassen.

Am Montag ist er vom König im Duxinall empfungen worden und am Nachmittag vom Gouverneur der Stadt Rom auf dem Kapitol. Am Dienstag ist ein Frühstück in der amerikanischen Botschaft angelegt und ein Tee auf der russischen Botschaft.

Die Begrüßung, welche die italienische Presse dem ersten offiziellen Besuch aus der Sowjetunion widmet, ist inzwischen auf drei Formeln gebracht worden, die in allen Artikeln wiederkehren:

1. Der Besuch entspricht der kontinuierlichen zehnjährigen Entwicklung der italienisch-russischen Politik, deren Ausdruck und Befruchtung er ist.
2. Er steht im Zusammenhang eines Besuches, der schon Vertreter aller europäischen Länder in zwangloser Folge nach Rom geführt hat.
3. Sein Ziel ist die Erhaltung und Festigung des europäischen Friedens.

Die G. nler Krise

Die römische Presse verbirgt nicht, daß die Besprechung Litwinow-Mussolini sich mit der Krise des Völkerbundes und den daraus sich ergebenden direkten Verhandlungen zwischen den Mächten hauptsächlich beschäftigte. So schreibt die „Tribuna“:

„Doch im Augenblick der Krise des Völkerbundes die konkreten Beziehungen der Mächte eine besondere Bedeutung gewonnen hätten, um die gegenseitigen Positionen klar zu umreißen und zu deutlichen Feststellungen der Verantwortlichkeit zu kommen. Aber dieser Hinweis bleibt mit dem Bemerkten verbunden, daß die italienisch-russischen Beziehungen ihren Sinn erst im Zusammenhang mit den allgemeinen Fragen des europäischen Friedens und der europäischen Disposition finden. Das „Giornale d'Italia“ bringt heute noch einmal eine Zusammenfassung der Besuche, die Italien im vergangenen Jahr von Vertretern anderer Mächte empfangen hat.“

Die Banditen des Reichskanzlers

Von durchaus vertrauenswürdiger Seite wird uns der folgende Brief aus dem Reich zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung wurde uns nur unter der Bedingung gestattet, daß wir die Namen weglassen. Der Briefschreiber fürchtet die Rache der braunen und schwarzen Vandalen.

Noch sehe ich unter dem erschütternden Eindruck eines Vorfalles, der sich hier unter dem Kommando des Saboten... ereignet hat. Vergangene Woche ist in... vom Kriegertentmal eine schwarzweihrote Franzoseleife verschwunden. Dieser Vorfall veranlaßt die SA. von... zu „Aktionen“. Unter der Führung von... rückt etwa 100 SA-Männer ein. Die Einwohner mußten vor das Denkmal ziehen, wo... eine Rede hielt. 15 Männer, von denen bekannt ist, daß sie Träger mit der SA. sympathisiert haben, wurden herausgeschleudert und in den Saal von... (Kastwirtschaft) geführt. Dort mußten sie sich ausziehen und auf den Fußboden legen. Jeder einzelne wurde von vier SA-Männern auf die Erde gedrückt, so daß er sich nicht bewegen konnte. Dann gab... das Kommando „Schlagen“, und nun schlugen alle übrigen mit Gummihäutchen und Trichterröhrchen auf die entkleideten, wehrlosen Menschen ein, bis die Haut auf dem Körper buchstäblich andeinerlei wurde. Wer das sadistische und lächerliche Grinsen des... und seiner Leute gesehen hat, vergißt es nie. Einige von den Geschlagenen ließen sich am folgenden Tage noch... fahren und vom Arzt untersuchen.

Der Arzt war selbst von dem Anblick so erschüttert, daß er Augen kommen ließ, die die Mißhandlungen ebenfalls in Augenschein nahmen, um zu bezeugen, daß das vom Arzt ausgestellte Attest den Tatsachen entsprach.

In dem Attest selbst heißt es: „Der Rücken und das Gesicht sind von laubäuslichen Streifen und ausgeprägten Hautstellen bedeckt, welche von unzähligen Schlägen herrühren, die mit großer Gewalt geführt sein müssen. Das Gesicht ist verblutet, am Hals Blutergüsse. An den Handgelenken blaue Flecken.“

Einer von den Geschlagenen, der noch nicht bewußtlos war, hat ihn doch lieber sofort zu erschießen. Das Schreiben der Opfer war aus weiter Entfernung zu hören. Näherende Stahlhelmsoldaten, die dieses sadistische Treiben nicht mehr

als Rückkehr zur guten alten Zeit, dann aber: **Die Neupublik!**

Immerhin: Der Weg, den die Sozialisten unter Führung Largo Caballeros eingeschlagen haben, ist kaum mehr zu unterbrechen, will man nicht die gesamte Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung Spaniens aus sich selbst heraus zerstückeln. Man muß weitergehen: Die Devise: „Keinen Schritt rückwärts, Eroberung der Macht für die Sozialisten, ganz gleich, durch welche Mittel“, einhalten. Die Haltung Largo Caballeros, des spanischen Lenin, wie man ihn seit Wochen nennt, war so eindeutig, daß sogar die Kommunisten sich damit einverstanden erklärten. Und dieser gleiche Caballero sollte widerstandslos eine Regierung Gil Nobles, den Sieg des Millionärs March über die Republik, über sich und die spanische Arbeiterbewegung ergehen lassen?

„Wenn Eure Führer sich lau zeigen, geht über sie hinweg“, dieses Wort des spanischen Lenin hat in der Arbeiterkollaboration gefunden. Noch warten sie auf ein Zeichen der Führer zum Vorbrechen. Wird es kommen? Wird es nicht kommen? Endgültiger Sieg des Faschismus in Spanien?

Der „Lavoro Fascista“ hebt hervor:

„Es ist selbstverständlich, daß die Abklärung der wesentlichen Gegenstand der Besprechungen bilden wird, aber die Wichtigkeit der Abklärung ist ihrerseits an eine Menge politischer Voraussetzungen gebunden und steht mit der Lage internationaler Institutionen in Zusammenhang, deren Verhältnisse eine genaue Prüfung erfordern. Die wesentliche Aufgabe der gegenwärtigen Situation ist der Umstand, daß die Verhandlungen über die Abklärung sich heute außerhalb Genf abspielen, und daß Russland in dieser Hinsicht völlig in den Rahmen der europäischen Zusammenarbeit zurückgeführt ist. Es ist voranzuhelfen, daß es sich auch in Zukunft von diesem Gesichtspunkt leiten lassen wird.“

Der harte Gegenstoß zum Völkerbund, der aus diesen Presseäußerungen und zweifellos auch aus den offiziellen Besprechungen hervordrückt, müßte logisch dazu führen, daß Hitlerdeutschland sich mit Litwinow ebenso zu verständigen versucht, wie es Mussolini tut. Dafür scheint aber keine Aussicht zu bestehen. Litwinow, der ursprünglich über Berlin zurückreisen wollte, will jetzt den Weg über Wien wählen. Die Feindschaft zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus ist unüberbrückbar. Es ist eine der wenigen Hoffnungen für den Völkerbund, daß seine mächtigsten Gegenspieler sich nicht vereinen können.

Berlin-Moskau

Mussolini will Stalin und Hitler versöhnen

Paris, 4. Dez. Nur der römische Korrespondent des „Matin“ beschäftigt sich in einem eigenen Bericht mit der Unterredung Mussolini-Litwinow. Er glaubt mitteilen zu können, daß die deutsch-russischen Beziehungen das Hauptthema abgeben hätten, und zwar weil sie nach Ansicht der italienischen Regierung eine der wesentlichen Seiten des Abrüstungsproblems bilden. Russland müßte nämlich eventuell zwei militärischen Gefahren begegnen: Deutschland und Japan. Russland habe nacheinander Garantien bei Frankreich und bei Amerika gesucht. Die russische Politik näherte sich mehr dem alten Grundgedanken der „Staatenblock“ als dem Gedanken der allgemeinen Zusammenarbeit, für den Italien eintritt. An dem Tage, an dem Russland von Deutschland Sicherheitsversicherungen erhalten werde, werde sich seine Aushaltung von der Abrüstung zum mindesten für Europa ändern. Wahrscheinlich habe Mussolini seine Ueberredungsversuche in diesem Sinne spielen lassen. Natürlich sei das Unternehmen schwer. Denn zwischen dem deutschen und dem russischen Regime bestehe ein grundlegender Gegensatz der Gefühle und Interessen. Aber für Italien lohne sich der Versuch einer Vermittlung zwischen Berlin und Moskau. Wenn Mussolini den deutsch-russischen Streitfall schlichten würde, dann würde er die allgemeine Lösung des Abrüstungsproblems beträchtlich vorwärtbringen, und zwar in dem Sinne, wie Italien sich diese Lösung denke, nämlich durch die allmähliche Erreichung der Gleichberechtigung, vor allem, wenn die deutsch-französische Annäherung Wirklichkeit werde.

mit ansehen konnten, wandten sich an die Polizei, damit diese dem Treiben der Banditen Einhalt gebiete. Dort wurde ihnen erklärt: „Dagegen läßt sich nichts machen... handelt als Verantwortlicher der politischen Polizei.“ Und das passiert zur gleichen Zeit, wo alle deutschen Zeitungen behaupten, in Deutschland gäbe es keine Greuelthaten mehr. Aber ich kann Dir noch mehr berichten. Am vergangenen Sonntag war die „Wahl“. Das Resultat ist offensichtlich gefälscht. Beweise:

In einem Wahllokal, wo 14 anderer Leute mit „Rein“ gestimmt haben, was wir bestimmt wissen, sind bei der Auszählung nur drei Rein-Stimmen gezählt worden. Die Plakette mit dem „Ja“, mußte jeder anheften, der nicht Gefahr laufen wollte, angepöbelt oder geschlagen zu werden. In... hat man am Wahlsonntag nachmittags 4 Uhr, also noch während der Wahl, 18 Männer und Frauen, welche sich kein Ja-Abzeichen kauften, durch die Straßen geführt und ihnen Plakate umgehängt mit der Aufschrift: „Ich bin ein Volksverräter, ich heiße... und habe mit „Rein“ gestimmt.“ Am Dienstag sollte das Schandspiel wiederholt werden,

weil sich jedoch einer von den Geheilten inzwischen erschossen hatte, wurde den anderen dieser Spektakellauf erspart.

Gewiß, wenn es nur beim „Zirkusausstellen“ geblieben wäre, hätte kein Mensch etwas dagegen gehabt. Denn wir alle, die wir mit „Rein“ gestimmt haben, sind stolz darauf. In... hat sich das selbe zugetragen. Ja, wenn es nicht sogar hier in der Zeit u. g. leben würde, könnte man es gar nicht glauben.

Am 1. Januar 1934 wird nun wieder die allgemeine Wahlrecht eingeführt. Die Stadt... bekommt ein Bataillon Infanterie und eine Pionierkompanie. Der Nazi-Überbürgermeister hat dies in einer Besprechung mit den Führern der Gewerbetreibenden mitgeteilt. Er selbst war stolz darauf, weil er damit eine Besetzung der Stadt erhofft. Arbeiter und Angehörige am Tage vor der Wahl in seiner Arbeiter und Angehörige am Tage vor der Wahl in seiner Wahlzelle hatte. Ja, so wird im dritten Reiche „Wahl“ gemacht.

Europäische Gedanken

Rückfall ins Wilhelminische - Sir Baldwins drei Möglichkeiten - Faustrecht in der Außenpolitik - Die vierte Möglichkeit

Nach dem 14. Oktober, dem Tag des Verlassens der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes, ging durch die Presse die Meldung, daß sich der Erzhäuser über den Schritt der deutschen Regierung sehr anerkennend geäußert hat. Er hat wahrscheinlich dabei gedacht: das hätte ich nicht besser machen können! Denn der theatralische Streich der Reichsregierung war in der Tat ein Stück echter wilhelminischer Politik.

Wenn jemand früher glaubte, daß Wilhelm unnachahmlich sei, so hat im Laufe dieses Jahres Adolf Hitler diese Auffassung auf die überzeugendste Weise widerlegt. Seine Außenpolitik stellt eine vollkommen gelungene Nachahmung der wilhelminischen dar. Jeder, der die Geschichte der deutschen Außenpolitik einigermaßen kennt, mußte sich in den letzten Monaten an die wilhelminische Zeit erinnern, an die Friedensbetreibungen des Kaisers und an seine tollsten Streiche, die die ganze Welt in Unruhe versetzten. Man beruft sich jetzt genau so wie damals auf die „Ehre“. Erklärt Wilhelm nicht, daß er über die Beschränkung des Flottenbaues nicht verhandeln könne? Es sei die Ehrenfrage. Und wenn man jetzt die Deklamationen über den „asiatischen Bolschewismus“ hört, von dem Hitler-Deutschland angeblich Europa rettet, so kann man nicht die Erinnerung an die Deklamationen des Kaisers über die „gelbe Gefahr“ und seinen Appell an die Einigung der „weißen Rasse“ (selbstverständlich unter Deutschlands Führung) gegen den gelben Feind unterdrücken.

André Maurois, der auch in Deutschland durch seine Doreal-Biografie rühmlichst bekannt geworden ist, hat jetzt ein wunderbar geschriebenes Buch über Eduard VII. und seine Zeit („Edouard VII et son temps“) veröffentlicht. Es gelingt dem Verfasser in seinem neuen Buch auf Grund von den zum Teil neuerschlossenen Quellen (z. B. aus dem bis jetzt un veröffentlichten Nachlaß von Delcassé) die Vorgeschichte der „Entente cordiale“ zuverlässig und außerordentlich lebendig darzustellen. Wären die Menschen überhaupt imstande, aus der Geschichte zu lernen, so könnte jede Regierung aus dieser Geschichte, deren Abschluß der fürchterlichste Krieg aller Zeiten war, sehr viel lernen.

Wozu braucht aber die Hitler-Regierung solche geschichtlichen Lehren? Wird es nicht mit jedem Tage offensichtlicher, daß ihre Politik durch Erfolg gekrönt wird? Ist nicht schon heute wenigstens in England die Bereitschaft festzustellen, bedeutsame Zugeständnisse an Deutschland zu machen? War nicht auch Frankreich gezwungen, der Verlegung der Abrüstungskonferenz zuzustimmen, um die Zeit für die „bilateralen“ (von Regierung zu Regierung geführten) Verhandlungen zu lassen, wie das dem deutschen Wunsch entsprach? Erfolg entscheidet. Gewiß, man muß aber immer verstehen, den richtigen Zeitpunkt für die Feststellung eines Erfolges oder Mißerfolges zu finden. Was heute als ein Erfolg erscheint, kann sich morgen als eine Katastrophe erweisen.

Auch die wilhelminische Politik hat „Erfolge“ gekannt. Solange die anderen alles tun, um einem Konflikt auszuweichen und sich nicht zur festen Abwehr zusammenschließen, kann die plumpe und aggressivste Politik ihre Triumphe feiern. War es nicht ein großer Erfolg der deutschen Diplomatie, als sie 1905 den von ihr gehähten französischen Außenminister Delcassé durch Drohungen zum Sturz brachte? Einen solchen Triumph hat Herr von Neurath nicht gehabt, da sein Versuch, den englischen Außenminister Simon zu stürzen, mißglückte. Nun hat der Sturz von Delcassé genau das Gegenteil von dem, was erstrebt wurde, zur Folge gehabt. Man wollte die französisch-englische Annäherung stören und hat sie sehr wirksam gefördert. Etwa die gleichen Folgen hat auch der große „Erfolg“ Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von 1908 gehabt, als Bosnien und Herzegowina von Oesterreich-Ungarn annektiert wurden. Während die angebliche „Einreisepolitik“ Englands Deutschland gegenüber lediglich eine Legende war, hat Deutschland seine Selbstverkörperung außerordentlich erfolgreich herbeigeführt. Der

Preis für diesen Erfolg war der Versailler Friedensvertrag.

Ich will nicht ungerecht sein. Nicht nur Hitler macht dem Kaiser nach, sondern die Außenpolitik der gegenwärtigen englischen Regierung weist ähnliche Schwächen auf, wie seinerzeit die Politik von Sir Edward Grey. Man vermischt nämlich in der englischen Politik die Klarheit und Eindeutigkeit, die vielleicht noch die Lage retten, d. h. den neuen Krieg auf die Dauer verhindern könnte. Der oben genannte Maurois veröffentlichte in diesen Tagen in der Wochenchrift „1933“ einen Brief „an seine englischen Freunde“, in dem er unter anderem sagte: „Zweifelsohne werden sie nach einigen Tagen oder nach einigen Wochen auf unserer Seite sein. . . Nur wird das zu spät sein, und sie werden selbst durch ihr Schweigen die Gewalttaten herbeiführen, die sie selbst wie kein anderer hassen.“ Maurois erinnert an die Aeußerung von Grey, der einmal sagte: „Man kann doch nicht vom britischen Kabinett verlangen, daß es über eine Hypothese berät!“ Was war sehr englisch formuliert. Nichtsdestoweniger war damals eine solche Verurteilung über eine Hypothese, d. h. über die Stellung Englands im Falle der Kriegsgefahr notwendig, um der zum Kriege treibenden Entwicklung entgegenwirken zu können.

Mit Recht ist die letzte Rede Baldwins im englischen Unterhaus in der ganzen Welt stark beachtet worden. Baldwin hat wenigstens in einem Punkt die momentane Haltung der englischen Außenpolitik klar gemacht, nämlich ihre heutige Zielsetzung in der Abrüstungsfrage. Diese Klarheit für heute erweist sich aber bei der näheren Betrachtung als eine um so größere Unklarheit für morgen.

Baldwin hat von drei Möglichkeiten gesprochen. Die erste Möglichkeit ist die Abrüstung aller Staaten auf den Stand der deutschen Rüstungen. Die zweite ist die Herstellung der Gleichheit durch die Beschränkung aller auf die sogenannten defensiven Waffen, d. h. eine partielle Abrüstung der meisten Staaten und eine partielle Aufrüstung Deutschlands. Die dritte ist der Wettbewerb der Rüstungen mit seinen unvermeidlichen katastrophalen Folgen. Diese dritte Möglichkeit soll unter allen Umständen verhindert werden. Da aber die erste Möglichkeit, also die allgemeine Abrüstung momentan nicht zu erreichen ist, so bleibt nur die zweite Möglichkeit, die eine partielle Aufrüstung Deutschlands vorsieht, übrig. So ganz klar hat sich allerdings Baldwin nicht ausgedrückt. Er hat sich vielmehr für die zweite Möglichkeit dadurch ausgesprochen, daß er die dritte unter allen Umständen vermeiden und die erste als erst nach einigen Jahren und nicht heute verwirklichtbar bezeichnete. Der Sinn seiner Ausführungen wird aber durch den ganzen Zusammenhang wirklich klar und er versucht ihn den Franzosen durch einige begeisterte Sätze an die Adresse Frankreichs schmachtlich zu machen.

Baldwin hat aber gleichzeitig betont, daß er eine Verständigung innerhalb des Völkerbundes meint. Die Zugeständnisse an Deutschland scheinen also an die Bedingung geknüpft zu sein, daß Deutschland auf die Abrüstungskonferenz und in den Völkerbund zurückkehrt. Die von Baldwin angedeutete Lösung setzt also voraus, daß erstens Frankreich und die anderen Nachbarn Deutschlands der partiellen Aufrüstung Deutschlands zustimmen und daß zweitens Deutschland sich bereitfindet, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und — trotz Hitlers feierlichen Erklärungen — seinen Rücktritt aus dem Völkerbund zurückzuziehen. Und wenn eine der beiden oder die beiden Voraussetzungen nicht zu erreichen sind? Hier schlägt eben die scheinbare Klarheit in vollkommene Unklarheit um. Sind die Gedankengänge von Baldwin richtig, so scheint es beinahe, daß die beiden ersten „Möglichkeiten“ in der Tat unmöglich sind, die dritte aber, die einigzigste Perspektive der künftigen Entwicklung ist. So liegen jedoch die Dinge wiederum nicht.

Baldwin geht vom Grundsatz der Gleichberechtigung aus. Stellen wir uns vor, daß die Gleichberechtigung

Deutschlands auf die von Baldwin angedeutete Weise verwirklicht werden soll. Können die Nachbarn Deutschlands, können vor allem die Länder, wie das kleine Belgien oder die Tschechoslowakei, anerkennen, daß sie mit Deutschland gleichgestellt, wenn sie verhältnismäßig gleich stark gerüstet sind? Offenbar nicht. Die Gleichberechtigung bedeutet aber keine Gleichstellung. Das ist gewiß richtig, sie bedeutet aber die gleiche Chance, sein Recht zu verteidigen und sie wird zwar nicht dadurch erreicht, daß alle effektiv gleich stark gemacht werden, was unmöglich ist, aber dadurch, daß gleiche Gleichheit der Chancen durch eine Rechtsordnung garantiert wird. Eine formelle Gleichberechtigung ohne solche Rechtsordnung ist im Grunde nichts anderes als das Faustrecht. Man braucht natürlich sich auch solche Gleichberechtigung nicht so vorzustellen, daß jeder machen darf, was er will. Allen soll die gleiche Einschränkung der Bewegungsfreiheit auferlegt werden. Nur, wenn man festlegen würde, daß jeder Mensch einem anderen nur einen Schlag ins Gesicht versetzen darf, so würde das zu einer Diktatur der Boxer in der menschlichen Gesellschaft führen! Aber eine solche Einschränkung ist selbst nur dann möglich, wenn eine Rechtsordnung da ist, die Normen aufstellt und über die Macht verfügt, diese Normen durchzusetzen.

Dementsprechend sind die Voraussetzungen der Gleichberechtigung der Völker: die internationale Rechtsordnung und eine internationale Kraft, die mächtig genug ist, um diese Rechtsordnung zu sichern. Sonst wird die Welt zwangsläufig zum heutigen, zweifelsohne äußerst unbefriedigenden Uebergangszustand: zwischen der internationalen Rechtsordnung und der Herrschaft des Faustrechtes in den zwischenstaatlichen Beziehungen, zu der früheren unverhüllten Herrschaft des Faustrechtes zurückkehren. Das würde allerdings mindestens den Vorzug der Klarheit haben. Wenn aber von mancher Seite nicht nur die offensichtlichen Schwächen des heutigen Völkerbundes kritisiert werden, sondern die Idee der internationalen Rechtsordnung mit Mißachtung behandelt wird, so soll man namentlich in Deutschland folgendes berücksichtigen. Sind wir wirklich so weit, daß nicht einmal die Schwächen und an sich unbefriedigenden Ansätze zur Ausschaltung des Faustrechtes aus der Außenpolitik mehr vorhanden sind, so wird es unvermeidlich sein, daß diejenigen Mächte, die heute noch stärkere Fäuste haben, unverzüglich von dieser ihrer Ueberlegenheit Gebrauch machen, d. h. daß Frankreich und seine Verbündeten gegen Deutschland einen präventiven Krieg führen und das Deutsche Reich vernichten werden. Eben deshalb, weil Frankreich das nicht will, weil es, wie Baldwin sagte, gegenwärtig „die friedlichste Nation in Europa“ ist, klammert er sich so stark an die Politik des Rechtes, was mancher Kritiker lächerlich findet.

Es gibt also außer den drei von Baldwin angeführten noch eine vierte Möglichkeit. Es ist nämlich noch eine solidarische Aktion möglich mit dem Ziele, nicht Deutschland als Volk zu erniedrigen, sondern die Gefährdung des Friedens durch die deutschen Rüstungen und durch die das deutsche Volk wirklich erniedrigende Militarisation des ganzen deutschen Lebens auszuschalten. Heute kann eine solche Aktion noch den Erfolg haben, ohne den Krieg zu provozieren. Später wird es schon zu spät sein. Dieser Versuch schließt nicht aus, ja setzt es vielmehr voraus, daß man sich gleichzeitig um die Herstellung einer befriedigenden internationalen Rechtsordnung und um die Organisation einer dieser Rechtsordnung sicherstellenden Macht bemüht. Nur auf diese Weise kann die Bahn für die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Völker freigemacht werden. Die Aufgabe ist außerordentlich schwierig. Gelingt es aber nicht, sie einigermaßen befriedigend zu lösen, dann wird eben eine stärkere Faust oder eine stärkere Kombination der Fäuste entscheiden.

... und bist du nicht willig“

Der Sterilisierungszwang wird in Köln durchgeführt — Eine Provokation des Kölner Kardinals Schulte

Wie aus Köln berichtet wird, wird hier in Kürze ein Erbgesundheitsgericht und -Obergericht existieren. Wie wir dem Kölner Naziblatt entnehmen, trägt es sich auf das am 1. Januar 1934 in Kraft tretende „Reichsgesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

Die entscheidende Bestimmung, wer erbkrank ist und durch einen chirurgischen Eingriff sterilisiert werden soll, soll durch sogenannte Erbgesundheitsgerichte festgestellt werden. Diese Erbgesundheitsgerichte, wovon am 1. Januar 1934 auch in der Stadt Köln eines errichtet wird, haben darüber zu entscheiden, ob der zu behandelnde Patient unfruchtbar gemacht werden soll. Vorausgesetzt ist jedoch, daß nach den gemachten Erfahrungen mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß die Nachkommen des Patienten erbkrank werden. Das Reichsgesetz über die Sterilisierung sieht die

Unfruchtbarmachung von Patienten

vor, die an angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie (das sind solche Menschen, die man im Volksmund „Halbblöden“ nennt), Arterienarterien, erblicher Paralyse, erblicher Blindheit, erblicher Taubheit und schweren erblichen körperlichen Missbildungen zu leiden haben. Antragsberechtigt ist derjenige, der unfruchtbar gemacht werden soll, sein gesetzlicher Vertreter, der beamtete Arzt und für die Anstalten eines Kranken-, Irren- oder Stralankalt der Leiter der betreffenden Anstalt.

Das Erbgesundheitsgericht Köln ist dem Amtsgericht Köln angegliedert. Es ist für alle Entscheidungen über Sterilisierungsanträge zuständig. Anträge auf Unfruchtbarmachung sind von den Antragberechtigten, die ihren Wohnsitz im Amtsgerichtsbezirk Köln haben, an das Erbgesundheits-

gericht einzureichen, welches über die Anträge entscheidet. Es setzt sich zusammen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem beamteten Arzt (Amtsarzt) und einem zweiten Arzt, der mit der Erbgesundheitslehre besonders vertraut ist. Die dem Erbgesundheitsgericht Köln angehörenden Ärzte kommen für den operativen Eingriff der unfruchtbar zu machenden Personen nicht in Frage. Die Unfruchtbarmachung darf nur in einer Krankenanstalt vorgenommen werden, und zwar von einem approbierten Arzt. Die Krankenanstalten und Ärzte werden von der zuständigen Instanz der Landes- und Kreise bestimmt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Staat.

Wegen den Beschlüssen des Erbgesundheitsgerichts Köln kann der zu behandelnde Patient Einspruch erheben. Zu diesem Zweck werden in Deutschland mehrere Erbgesundheits-Obergerichte gebildet. Für die vom Kölner Erbgesundheitsgericht beurteilten bietet sich eine Möglichkeit der Revision beim Erbgesundheits-Obergericht in Köln.

Das hiesige Erbgesundheits-Obergericht wird unserm Oberlandesgericht angegliedert und ist für alle Erbgesundheitsgerichte des Oberlandesgerichtsbezirks Köln zuständig, soweit es sich um Reichswesen gegen Beschlüsse der Erbgesundheitsgerichte des gesamten Oberlandesgerichtsbezirks handelt. Nach den bisherigen Feststellungen dürfte es sich um insgesamt 70 Erbgesundheitsgerichte im Oberlandesgerichtsbezirk Köln handeln.

Wird der Einspruch vom Obergericht verworfen, so ist die Unfruchtbarmachung rechtskräftig geworden und kann auch gegen den Willen des Patienten durchgeführt werden, wenn nötig, sogar mit Anwendung von Gewalt.

Köln ist eine überwiegend katholische Stadt. Kirchenpolitisch wird sie betreten von dem Kölner Erzbischof Kardinal Schulte. Der Vatikan steht, wie man weiß, dem deutschen Sterilisierungsgesetz in schroffer Ablehnung gegenüber, da es sich nach katholischer Auffassung mit der Gewissensentscheidung des Gläubigen nicht vereinbaren läßt und der Selbstverantwortlichkeit des Menschen überhaupt wider-

spricht. Der Papst hat die Bischöfe angewiesen, katholischen Ärzten die Vornahme der Operation und katholischen Hebammen und Krankenschwestern die teilnehmende Teilnahme daran zu verbieten.

Diese Verbote sind in Köln mit ihren ungeheuerlichen Machtbefugnissen und, zumal hier ganz überwiegend katholische Ärzte amtierend, eine Herausforderung des Kardinals. Der Kirchenfürst kann sie kaum unbeantwortet lassen, wenn er die Autorität der Hierarchie in Fragen religiöser Gewissensverpflichtung aufrechterhalten will.

Verfolgung katholischer Priester

Die große Strafkammer zu Nordhausen verurteilte den katholischen Pfarrer M. Stender aus Gauthen (Walsfeld) zu einem Monat Gefängnis. Der Pfarrer hatte von der Kanzel herab Aeußerungen getan, die als gegen die Regierung und den Reichslauter gerichtete aufgefaßt werden mußten. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Die vor einigen Tagen in Bayern verhafteten katholischen Priester werden in halbamtlichen Meldungen beschuldigt — kommunizieren zu sein. Es seien Mitteilungsblätter der kommunistischen Partei in ihnen gefunden worden. Deutlicher ist wohl nie gezeitet worden, daß die Polizei solche Beweisstücke in die Wohnungen der Beschuldigten schmuggelt, denn daß die Priester Jünger Moskows seien, ist natürlich ein Schwindel.

Staatsgefährlicher Stahlhelmer

Wegen schwerer Verleumdung des Stahlhelmführers Seibte und des Stabschefs Köhm wurde der Landmann Johann Johannsen aus Marienhof bei Büsum verhaftet. Johannsen war früher Stahlhelmführer und ist aus der Zeit der Landvolkbewegung als Redner und Agitator in ganz Schleswig-Holstein bekannt.

Samt und Seide

Enttäuschungen und Hoffnungen

Die Lage in der Krefelder Samt- und Seidenindustrie ist in diesem Herbst sehr uneinheitlich. Während hier und dort gute Nachfrage und ausreichende Beschäftigung zu verzeichnen sind, läßt das Geschäft bei andern Waren sehr zu wünschen übrig, so daß die Beschäftigung in den einschlägigen Betrieben nachgelassen hat.

Dies gilt besonders für die Samtindustrie. Hier haben sich die zu Beginn der Saison gehegten Erwartungen keineswegs erfüllt. Das Geschäft in Pus-samt vor allem ist rasch wieder zusammengeklumpt. Da der Filzhat, ebenso wie in den vergangenen Jahren, die Kopfbedeckung aus Samt nicht aufkommen ließ. Auch Kleider-samt ist nicht im erhofften Maß zur Geltung gekommen. Die Hemmungen, die sich einer ausgeprägten Samtmode in den Bemühungen, liegen vor allem an wirtschaftlichem Gebiet — es fehlt vielfach noch an der notwendigen Kaufkraft. Die Nachfrage nach Pelznachahmungen bzw. pelzartig aussehenden Plüschsamt war, ebenso wie in den vergangenen Jahren, wieder ziemlich groß. Aber auch hier machen sich weiter gewisse Hemmungen geltend.

Es besteht die Gefahr, daß, wenn man die weiblichen Arbeitskräfte aus dem Wirtschaftsprüfung in größerem Ausmaß ausschalten würde, das Modegeschäft dadurch in seiner Entwicklung noch mehr gebremst würde, da die verdienenden Jungdamen eher in der Lage sind, größere Ausgaben für modische Kleidung zu machen. Zur Zeit klagt die Modeindustrie allgemein sehr über die nachteiligen Auswirkungen der Uniformtracht, denn viele Mädel tragen nunmehr immer die Uniformkleidung. Auch die Seidenindustrie veripürt diese Einflüsse. Die Konfektion berichtet über ähnliche Auswirkungen. Allerdings werden dadurch ja andre Zweige der Textilindustrie wieder angeregt und mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten versehen. Um einen besseren Ausgleich zu schaffen, werden immer mehr Stimmen laut, die verlangen, daß das Tragen von Uniformkleidung auf die eigentlichen Beratungskontingenzen beschränkt bleibe.

In der Seidenindustrie und ebenso auch in der Futterstoffindustrie war das Geschäft bisher in dieser Saison zwar angeregt, doch vermehrte man das eigentliche große Geschäft, das auf Grund der besseren wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten gewesen wäre.

Erfreulich war die Belebung in der Krawatten- und Krawattenindustrie; hier war der Antrags-eingang aus dem Inland und zum Teil auch aus dem Ausland wesentlich besser, so daß Weber und gewerbliche Arbeitskräfte und ebenso auch Heimarbeiterrinnen und Krawattenherstellerinnen zeitweise sehr gesucht waren. Neben Binden waren auch wieder Regatten begehrt.

In der Schirmstoffindustrie hat das Geschäft angehalten. Zum Teil hat jedoch das im ganzen trockene Herbstwetter der Entwicklung Abbruch getan. Die Uniformmode hat auch hier die Nachfrage beschränkt, da zu Uniformen natürlich keine Schirme getragen werden.

Die deutsche Auto-Konjunktur

Die deutsche Automobilindustrie hat im Oktober einschließlich der mit Motoren versehenen Untergeräte insgesamt 1227 Personen- und Kraftwagen im Werte von 2,53 Millionen Reichsmark ausgeführt. Das sind 353 Wagen mehr als im gleichen Monat des Vorjahres, in dem sich die Ausfuhr auf 873 Personen- und Kraftwagen im Werte von 1,90 Millionen Reichsmark beliel. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres sind insgesamt 11.620 Automobile im Werte von 23,83 Millionen Reichsmark exportiert worden gegen 9597 Wagen im Werte von 23,02 Millionen Reichsmark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Tatsache, daß der Ausfuhrerlös trotz einer der Wagenzahl nach um 20 Prozent gesteigerten Ausfuhr nahezu unverändert geblieben ist, gibt zu erkennen, in wie starkem Maße der deutsche Kleinwagen auch an den ausländischen Absatzmärkten vorzudringen vermochte.

Im einzelnen konnte im laufenden Jahr die Ausfuhr von Personenkraftwagen gegenüber 1932 von 7825 auf 9518 Stück und die Ausfuhr von Kraftwagen von 1772 auf 2002 Stück gesteigert werden. Unter den im laufenden Jahr ausgeführten Personenkraftwagen befinden sich 986 gebrauchte Wagen gegen 913 Altwagen in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres. Deutlich ist also weitläufiger Absatzmarkt für gebrauchte Automobile ist Holland, das im vergangenen Jahr 863 Stück und im laufenden Jahr 798 Altwagen abgenommen hat. Daneben hat sich in letzter Zeit auch ein verhältnismäßig beträchtlicher Altwagenausfuhr nach Norwegen entwickelt.

Nur noch „zuverlässige“ Wirte

Auch der Alkohol wird gleichgeschaltet

Das lächliche Wirtschaftsministerium weist in einer Verordnung an die Gemeindebehörden darauf hin, daß zu den Voraussetzungen zur Erteilung einer Schankkonzession auch die politische Zuverlässigkeit gehört. Ein Gastwirt komme täglich und ständig mit Personen der verschiedensten Bevölkerungskreise zusammen, und es sei ihm hierbei die Möglichkeit gegeben, auf diese Personen unauffällig und unforderbar in staatsfeindlichem Sinne einzuwirken. Die Konzeptionsbehörden werden daher angewiesen, insbesondere Personen, die bisher Angehörige der KPD, und SPD, gewesen sind und sich als solche betätigt haben, die Schankkonzession schon aus diesem Grunde zu verweigern.

Schacht gegen Schleuderpreise

Der Reichsbankpräsident hat an die deutschen Exporteure die Mahnung gerichtet, sie möchten nicht durch Diskontinuität die gegebenen Möglichkeiten verderben und die Exportförderungsmitel zur Schleiuderzusage benutzen. Ausfuhr an sich ist noch kein volkswirtschaftlicher Vorteil. Sie muß sich auch lohnen. Aufwand und Ertrag müssen in angemessenem Verhältnis zueinander stehen. Deutsche Exporteure, die sich gegenseitig hemmungslos unterbieten, schmälern den Geldeinsatz der deutschen Ausfuhr. Sie können dazu beitragen, den internationalen Konkurrenzkampf übermäßig zu verschärfen und damit der allgemeinen Meinung zur handelspolitischen und psychologischen Abwehr neue Nahrung geben. Schon die bloße Kastulation wird dem Kaufmann sagen, wie weit er gehen darf. Verleidigt er in diesen Grenzen seinen Absatz gegen ausländische Absatzumping, so handelt er auch im Interesse unserer Gläubiger, die nur aus den Erlösen des deutschen Exports befriedigt werden können.

London—Moskau in 2 Tagen

Am 1. Mai 1934 wird eine neue Fluglinie Stockholm—Veningrad mit Verbindung nach Moskau eröffnet werden. Die Linie soll in Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union

Arisch — nichtarisch

Antisemitismus und Wirtschaft

Fristlose Entlassung nichtarischer Angestellter?

In der „Frankfurter Zeitung“ schreibt Rechtsanwalt Dr. Schott (Berlin):

Im Verlaufe des Boykotts vom 1. April 1933 sind in zahlreichen Betrieben nichtarische Angestellte fristlos entlassen worden und haben hiergegen vor den Arbeitsgerichten Klage erhoben. Eine einheitliche Rechtsprechung hat sich zwar noch nicht herausgebildet. Aber nur in verschwindenden Ausnahmefällen haben einzelne Gerichte dahin erkannt, daß die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse für sich allein und ohne Verschulden des Arbeitnehmers und ohne Hinzutreten besonderer Umstände einen Grund zur fristlosen Entlassung abgibt. In den weitens meisten Fällen haben sich die Gerichte bemüht, die Entscheidung auf die besonderen Verhältnisse des Einzelfalles abzustellen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß nunmehr auch das Reichsarbeitsgericht Gelegenheit erhalten hat, sich zu äußern. Bei einem Urteil vom 20. November 1933 handelt es sich um die Berechtigung der fristlosen Entlassung eines als „Werbeleiter“ (Reklamemanager) bei der Standesvereinigung eines bedeutenden Berufsstandes tätigen halb-arischen Angehörigen mit einem Gehalt von monatlich 700 Reichsmark und einem bis zum 31. Dezember 1933 unauflösbaren Vertrag. In diesem Fall hatte ein Landesarbeitsgericht die fristlose Entlassung für begründet angesehen und in den Entscheidungsründen seines Urteils folgendes ausgeführt:

„Der Beklagte ist ein Standesverein, er hat die beruflichen, aber auch die persönlichen Belange seiner Mitglieder zu vertreten. Sicher vertreten erhebliche Teile seiner Mitglieder auch über den Kreis der Angehörigen der NSDAP hinaus die Auffassung, daß Juden blutsmäßig außerhalb des Deutschen Volksverbandes stehen. Dieser Teil der Mitglieder des Beklagten würde es nicht verstehen, daß ein Mann halb-jüdischer Abstammung, wie der Kläger, eine leitende Stellung in ihrer Standesorganisation innehat, auch wenn diese weniger die eigentliche berufliche, als die wirtschaftliche Seite des Standes betrifft. Es besteht die Gefahr, daß eine erhebliche Unruhe in den Verein getragen wird. Daneben mühte der Beklagte aber auch sehr wohl beachten, daß er als Standesorganisation Gefahr laufen würde, mit amtlichen Stellen in einem für seine Fortdauer nicht ungefährlichen Konflikt zu geraten, wenn er einen Angestellten halb-jüdischen Blutes in leitender Stellung belieh.“

Vor allem ist aber gegenüber diesem und den weiteren Hinweisen des Klägers auf seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu sagen, daß die Kündigung nicht mit einem Verschulden oder einem Verhalten des Klägers begründet wird, sondern mit der jeglichen Durchsetzung geänderter, abwärts in der Entscheidung bereits länger zurückliegender Anschauungen über die Bedeutung der Blutzugehörigkeit, die aber die Weiterbeschäftigung des Klägers in der leitenden Stellung einer Standesorganisation, insbesondere auch unter Beachtung der politischen Machtverhältnisse nicht mehr zumutbar erscheinen lassen. Bei Beachtung der noch langen Vertragsdauer und der Höhe des Gehaltes konnte es dem Beklagten auch nicht zugemutet werden, dem Kläger bei Verzicht auf seine Dienste das Gehalt für die restliche Vertragsdauer nachzahlen und dadurch die fristlose Kündigung auszuweichen. Nach allem ist die fristlose Kündigung berechtigt.“

Dieses Urteil hat das Reichsarbeitsgericht aufgehoben und die Sache zu anderweiter Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurückverwiesen. Aus der mündlichen Begründung des Urteils ist zunächst zu entnehmen, daß die nichtarische Abstammung für sich allein keinen Grund zur fristlosen Entlassung abgeben kann. Insofern bedeutet das Urteil gegenüber der immerhin nicht ganz sicheren Rechtsprechung der Untergeichte eine klare Richtlinie. Andererseits hat das Reichsarbeitsgericht doch ausgesprochen, daß die

nichtarische Abstammung in Verbindung mit anderen Umständen eine fristlose Entlassung begründen könne, nämlich dann, wenn die Weiterbeschäftigung des betreffenden Arbeitnehmers sich zum Schaden des Betriebes auswirke. Bei der Prüfung dieser Frage müsse aber von objektiven Ermäßigungen ausgegangen werden, insbesondere könne der Boykott vom 1. April 1933 als vorübergehendes Ereignis den Bruch eines längeren Vertrages nicht begründen.

Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zeigt, daß die Voraussetzungen für eine fristlose Entlassung sehr eng umgrenzt werden. Denn die Aufhebung des landesarbeitsgerichtlichen Urteils erfolgte, obwohl das Reichsarbeitsgericht in seiner oben angegebenen Begründung Feststellungen getroffen hatte, aus denen sich eine Gefährdung der Interessen des beklagten Standesvereins entnehmen ließe. Das Recht zur fristlosen Entlassung bleibt mithin nach Auffassung des Reichsarbeitsgerichts auf seltene Ausnahmefälle beschränkt.

Schutz den Einheitspreisgeschäften

Am Mittwoch war in den Straßen Fuldas ein Flugblatt verbreitet worden, in dem die Schlichtung des Fuldauer Einheitspreisgeschäftes gefordert und zu einer Protestkundgebung eingeladen wurde. Den Versammelten wurde mitgeteilt, daß die Versammlung durch den Anlaß der Vorgänge nach hier entsandten Vertreter des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Hessen als nicht zulässig bezeichnet und aus diesem Grunde verboten sei. Auch müßten die in den Schaukästen der Geschäfte angebrachten Protest-Flugblätter sofort entfernt werden. In einer neu einberufenen genehmigten Versammlung erklärte der Vertreter des Treuhänders der Arbeit, Alfred Dr. Röhr (Frankfurt a. M.): Im wirtschaftlichen Kampfe hätte das, was anfangs geüblich war von der politischen Richtung getragen sei, unmaßig auf die Arbeitsplätze übertragen werden können. Daher habe auch der Reichswirtschaftsminister die bekannte Verordnung erlassen, nach der arische und nichtarische Geschäftsunternehmungen gleich zu stellen sind. Augenblicklich sei es unmöglich, diejenigen Arbeitsgenossen, die in Einheitspreisgeschäften Beschäftigung hätten, anderweitig in Arbeit zu bringen. — Der bevorstehende schwere Winter verlange, daß alle bestehenden Arbeitsplätze gehalten würden. Was im „dritten Reich“ von zutüftlicher Stelle verordnet würde, werde ausgeführt. Der Redner schloß: „Erhalten Sie im Interesse unserer Volksgenossen die Arbeitsplätze und suchen Sie neue dazu zu schaffen, aber zerstören Sie nicht.“

Trübe Aussichten bei Tietz

Nach den Mitteilungen von der Verwaltung bei der Lage der Warenhäuser im allgemeinen kann es nicht wunder nehmen, wenn die Gesellschaft schreibt, daß der Rückgang des Umsatzes der Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahr, insbesondere auch infolge der für das Unternehmen seit dem Frühjahr des Jahres entstandenen „außerordentlichen Lage“, sich in erheblichem Maße fortgesetzt hat. Der Abbau der Aufkosten konnte dem Umsatzrückgang nicht angeglichen werden, so daß für das laufende Jahr mit einem Verlust zu rechnen ist.

Ebenso hat die Gbape, AG. für Einheitspreise, im zweiten Halbjahr des am 31. Juli abgelaufenen Geschäftsjahrs unter einem nicht unbeträchtlichen Umsatzrückgang zu leiden. Sie wird daher einen verringerten Gewinn ausweisen. Die stark die Umsatzerlöse verringert schon bisher gewesen ist, geht daraus hervor, daß bei Tietz 1930-31 243,56, im folgenden Jahr 212,90 und in 1932-33 nur 175,9 Mill. umgesetzt wurden. Bedeutend besser hat sich der Umsatz bei der Gbape gehalten, der für 1929-30 59,23, danach 71 und für 1931-32 68,60 Mill. betrug. Allerdings liegt diese Zahl schon einige Zeit zurück. Die Weidendeutsche Kaufhof AG. beschäftigt zur Zeit rund 10 100 kaufmännisches und rund 2700 gewerbliches Personal, die Gbape 3400 bzw. 430.

Ostpreußen wimmelt von Erwerbslosen

Das Zurückfluten in die Städte

Die berühmten Siege in der ostpreussischen Arbeitsschlacht sind Schwindel gewesen. Das konnte sich jeder halbwegs vernünftige Mensch denken. Die Provinz war nie einen Tag ohne viele Erwerbslose. Nun lassen auch die amtlichen Verlautbarungen erkennen, daß viele zehntausende Erwerbslose in der angeblich ganz von Erwerbslosen befreiten Provinz vorhanden sind.

Auf einer Rundgebung in Königsberg sprach der Vizepräsident von Ostpreußen, Dr. Beithe, über die Arbeitslosigkeit. Er führte u. a. aus: Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit habe Ostpreußen seine Pflicht getan. Die in der ostpreussischen Arbeitsschlacht getroffenen Maßnahmen seien aber kein Dauer- und Idealzustand. 60 000 Menschen habe

man drängen mit Ostpreußen arbeitslos beschäftigten können, mit eintretendem Frost wird aber der größere Teil dieser Arbeiter in die Städte zurückfluten und die Arbeitsämter wie zuvor füllen. Es gelte daher, Maßnahmen zu treffen um für die zurückflutenden Arbeitermassen eine Auffangstellung zu schaffen. Dr. Beithe appellierte an die ostpreussische Bevölkerung, sie möge restlos zusammenstehen, damit nicht ein Rückschlag im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen einlese.

Das heißt mithin, daß das Reklamegeschrei aufgegeben werden muß. Es gibt ein Heer von Erwerbslosen in Ostpreußen, das durch öffentliche Mittel und durch Beihilfe erhalten werden muß.

von den drei großen nordischen Gesellschaften Aero Transport Ltd. (Schweden), RVM. (Holland) und der sinnlichen Luftverkehrsgesellschaft betrieben werden. Die Sowjetregierung hat dem Projekt ihre volle Unterstützung zugesagt, da die gegenwärtige Lage in Deutschland es wünschenswert macht, die Verbindung mit Zentral-Europa nicht mehr durch Deutschland herzustellen. Durch die neuen Verbindungen wird die Möglichkeit geschaffen, die Strecke London—Moskau in zwei Tagen zurückzulegen, ohne deutsches Gebiet zu berühren.

Krupp als Gewerkschafter!

Krupp von Bohlen und Halbach hat alle deutschen Unternehmer aufgefordert, in die „Deutsche Arbeitsfront“ einzutreten. Er, der Kanonenkönig und „Sozialist“ sowie Industrielle wie Thyssen, Röhrer oder von Siemens sind zweifellos die geeignetsten Gewerkschaftsvertreter in Dittler-Deutschland.

Abschwächung

Nach dem Monatsbericht des Röhrenverbandes hat der Umsatz an Röhren aller Art auf dem Inlandmarkt die Höhe der Vormonate nicht ganz erreicht. Diese leichte Abschwächung ist vornehmlich jahreszeitlich begründet. Die Umsätze im Auslandsgeschäft sind nach wie vor unzulänglich.

Oelkönig Rockefeller schwer erkrankt



John Davison Rockefeller.

Der 64jährige amerikanische Milliardär, ist an einer Grippe erkrankt.

Selbstschutz oder Aufstand?

Widerspruchsvolle Zeugenaussagen

In der Samstag-Sitzung des Reichstags-Brandstifterprozesses werden weitere Zeugen aus der Untersuchungsabteilung vorgeführt, gegen die kommunistische Unterführerverfahren vorgehen. Der Zeuge Zimmermann aus Bielefeld (Ersatzgebirge) war Mitglied der Ortsgruppe des Kampfbundes, deren Führer ein gewisser Lutz war. Der Zeuge hat in der Voruntersuchung Angaben über die Vorbereitungen gemacht, die in seiner Ortsgruppe für bewaffnete Auseinandersetzungen getroffen wurden. Er macht heute seine Aussagen sehr abgerund, und der Vorsitzende sieht sich gezwungen, ihm seine früheren vor dem Untersuchungsrichter gemachten Verbindungen vorzuhalten, die er dann auch zugibt. Daraus ergibt sich, daß Schießübungen und Geländebungen veranstaltet wurden. Die Parteileitung habe die Bewaffnung anordnet, die Partei würde zu einem Aufstand aufrufen und zu diesem Zweck brauche man Waffen.

Der nächste Zeuge, Lorenz, nimmt die Erklärungen zurück, die er bei seinen früheren Vernehmungen über die Aufstandsvorbereitungen gemacht hat. Er bekennt jetzt, daß die Waffenbeschaffung der Revolution dienen sollte, und daß der Zweck sei lediglich der Selbstschutz der Arbeiterklasse gewesen. Als der Vorsitzende ihm seine früheren Aussagen vorhält, die ganz anders lauten, meint Lorenz, er habe sich damals vielleicht nicht richtig ausgedrückt. Der Vorsitzende ruft Lorenz zu:

„Machen Sie uns doch nichts vor! Sie haben hier in Ihrer Aussage die Wahrheit verschwiegen und haben uns angelogen!“

Der Vorsitzende läßt nun den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Löbke, nochmals vortreten, um ihn über die früheren Befundungen des Zeugen Lorenz zu vernahmen.

Der Untersuchungsrichter bekennt, daß der Zeuge die Dinge so geschildert habe, wie sie im Protokoll stehen. Der Zeuge habe auch Angaben über Brücken Sprengungen gemacht, wovon man nicht sprechen könne, wenn man sich nur wehren wolle.

Auf einen Einwand des Angeklagten Torgler erklärt der Untersuchungsrichter, Torgler tue immer so, als ob die illegalen Waffenbeschaffungen Einzelfälle wären. Das ist eine ganz irrige Auffassung. An der ganzen Grenze entlang hat eine Beschaffung von Waffen zum großen Teil aus der Tschechoslowakei stattgefunden.

Politischer Massenstreik

Die Zeugen Martin aus Annaberg, Becker und Schmalkuh aus Falkenstein bestätigen im wesentlichen die Befundungen der vorher vernommenen Zeugen, daß in kommunistischen Kreisen der Plan politischer Massenstreiks zu Anfang des Jahres 1933 allgemein erörtert worden sei. Das Ziel einer solchen Aktion wäre die politische Machtergreifung durch die Kommunisten gewesen. Die Waffenbeschaffung sei notwendig gewesen, weil man mit einem Widerstand der staatlichen Machtorgane habe rechnen müssen.

Massenselbstschutz

Der Arbeiter Barzike aus Grünberg (Schlesien) bekräftigt über eine Funktionärsitzung des Roten Massenfeldschutzes, die im Februar 1933 in seiner Wohnung stattgefunden hat. In der Sitzung sei gesagt worden, die Aussichten für einen kommunistischen Sieg seien günstig, wenn jeder seine Pflicht tue. Wenn die kommunistischen Führer verhaftet würden, dann sollte das für die Kommunisten das Signal zum Kampf sein.

Der Massenselbstschutz, fährt der Zeuge fort, habe die Aufgabe gehabt, die Revolution weiterzutragen. Die Anweisung habe sich nicht nur auf Grünberg bezogen, sondern sei ganz allgemein gehalten gewesen, weil mit dem Ausbruch des Kampfes im ganzen Reich gerechnet wurde. Von der Breslauer Parteileitung sei für den 3. März eine Prodemobilisierung angeordnet worden. Der genaue Zeitpunkt für den Termin der Revolution wurde nicht angegeben. Die wesentliche Befundung des nächsten Zeugen Grünwald aus Sagan besteht in der Wiedergabe einer Rede, die der Leiter der Ortsgruppe Sagan der Partei, Streit, kurz nach dem Reichstagsbrand ihm gegenüber gemacht hat. Streit habe geäußert, daß der Reichstagsbrand als Signal zum Angriff für die KPD gelten sollte, daß aber leider verschiedene der in die Provinz entsandten Kurier abgefangen worden seien. Der Zeuge hat angenommen, daß es sich um Kurier aus Berlin handelte.

In Dachau ermordet

Die politische Polizei in München gibt bekannt, daß der Gefangene Fritz Bärk im Konzentrationslager in Dachau am Donnerstag von der Wachmannschaft erschossen wurde, weil er versuchte, einen SA-Mann zu erwürgen.

Eine neue Variation für politische Morde: der Gefangene Bärk ist nicht auf der Flucht erschossen worden, sondern weil er versuchte, einen SA-Mann zu erwürgen. Unterhelfen wir einmal diese Behauptung als wahr, so erhebt sich die Frage, wie man den Menschen gequält haben muß, bis er den sinnlosen Verzweiflungsschritt beging, sich inmitten eines durch viele bewaffnete geschäftigen Konzentrationslager als wehrloser Gefangener auf einen bewaffneten SA-Mann zu stürzen.

Noch einer!

In der Nähe von Högel, einem kleinen, zwischen Düsseldorf und Essen gelegenen Ort, wurde auf der Flucht ein führender Kommunist und früherer Führer einer sogenannten roten Armee, Theodor Ebers aus Essen, erschossen. Er hatte einen tödlichen Angriff auf einen begleitenden Beamten verübt und einen Fluchtversuch unternommen, obwohl ihm vorher für den Fall der Flucht der Waffengebrauch angekündigt worden war. Der Erschossene befand sich in einem Konzentrationslager und sollte zur Vernehmung in einer Strafzelle nach Essen übergeführt werden. Er war u. a. beschuldigt worden, bei dem kommunistischen Märzaufruf 1930 im Ruhrgebiet führend tätig gewesen zu sein.

„Schweinehunde“

Der Wahlaufbruch in der Lohntüte

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!
Werke Arbeitskameraden!
Ein Tag von seltener geschichtlicher Bedeutung ist der 12. November 1933.

Nur wenige Stunden trennen uns noch von diesem Ereignis, dessen Ergebnis die ganze Welt mit Hochspannung entgegenfieht.

Wer mit dem Führer für Gleichheit, Gerechtigkeit, Weltfrieden und Gleichberechtigung unseres Volkes ist, nimmt mit „Ja“. Wer aber glaubt, sich mit „Salterlands-“

„Losschlagen“

Der letzte Zeuge ist Puck aus Berlin-Adenick, der dem Roten Frontkämpferbund von 1926 bis 1933 angehört hat. Der Zeuge spricht von revolutionären Vorarbeiten, die bis zum Pöschlagen durchgeführt werden sollten. Vom 30. Januar ab war erhöhte Alarmbereitschaft im RFB, für den 3. und 4. März war höchster Alarm angesetzt.

Vors.: Sie haben auch etwas darüber gesagt, daß für den 4. März das Pöschlagen geplant gewesen sei.

Zeuge: Am 2. oder 3. März wurde uns erklärt, daß im ganzen Reich losgeschlagen würde. Wenn die Nationalsozialisten am 4. März in Pöschlagen durch die Straßen zögen, sollte es losgehen, zunächst mit Handgranaten, dann mit Pistolen. Es waren Kurier eingeleitet, und der Kurierdienst funktionierte auch, bis er am 4. März versagte. Wir sahen zusammen und wußten nicht, was los war. Auf der Straße trafen wir den Abteilungsleiter und machten ihm Vorwürfe, daß er uns nachteilig ohne Informationen läßt. Der Mann wußte auch nicht, was los war. Darauf haben wir unseren Leuten gesagt, sie sollten nach Hause gehen. Dieses Theater würden wir nicht mehr mitmachen.

Dimitroff darf nicht fragen

Nachdem nunmehr alle für heute geladenen Zeugen vernommen sind, formuliert der Angeklagte Dimitroff eine

lange Reihe von Fragen, die er an die einzelnen Zeugen richten will. Als Dimitroff immer neue Fragen formuliert, erklärt der Vorsitzende energisch, weitere Fragen lasse er nicht zu.

Nachdem der Untersuchungsrichter Dr. Löbke und die Zeugen Becker, Schmalkuh, Barzike und Grünwald noch einige Fragen Dimitroffs, die der Senat nach kurzer Beratung zugelassen hatte, beantwortet hatte, und ein Antrag des Angeklagten Dimitroff auf Vernehmung des Verfassers der Schrift „Der bewaffnete Aufstand“ abgelehnt worden war, vertagte der Vorsitzende die Weiterverhandlung auf Montag.

Dimitroff unter Ausnahmezustand

Ueber Dimitroff ist ein Ausnahmezustand verhängt worden, indem er den einzelnen Zeugen keine Fragen mehr stellen, sondern nur noch am Schluß der Verhandlungen die Punkte, über die er Auskunft verlangt, dem Gericht vorlegen darf, damit dieses eine Auslieferung vornimmt.

Das Gericht lehnt dann alle Fragen, die unbequem sind, in geheimer Beratung ab.



Der erste Tote des Reichstagsprozesses

Eine neue Aktion

des Pariser Untersuchungsausschusses zum Reichstagsprozeß

Paris, 4. Dezember.

Die „Inprek“ erfährt, wird die vor einiger Zeit beschlossene öffentliche Untersuchung über die unmenschlichen Grausamkeiten der Nationalsozialisten an wehrlosen Gegnern ihrer Politik am 8. Dezember in Paris durchgeführt. Zahlreiche angegebene Persönlichkeiten des öffentlichen, politischen und kulturellen Lebens haben sich in Frankreich, England, der Schweiz, in Holland und Amerika dem Patronat über die Enquete-Kommission angeschlossen. In Frankreich, wo Frau Prof. Lado den Vorsitz des Initiativ-Ausschusses führt, u. a.: Andre Gide, Leon Frappie, Andre Blot, Maurice Sand, Michel Cordan, die Professoren Levy-Bruhl, Wallon, Andre Langier, Etienne Sabaud, die Advokaten Campinchi, Chauvin, die Künstler Fernand Legat und Franz Masereel. Weiter hat sich eine große Anzahl von Organisationen der Untersuchung zur Verfügung gestellt. Aus England wird Lord Morley mit einer Delegation von angesehenen Persönlichkeiten an der Untersuchung teilnehmen. Für den Tag nach Beendigung der Untersuchung ist ein großes öffentliches Meeting in Paris vorgelesen.

Angelährt 25 Opfer des Dittler-Terror, unter ihnen drei aus Konzentrationslagern entflohen, werden über ihre Erlebnisse und das Schicksal von Tausenden Wehrloser, die noch in den Händen ihrer nationalsozialistischen Feinde sind, ausagen.

Die Untersuchung dient nicht nur dem Ziel, die exakte Wahrheit über die wirklichen Verhältnisse in den Konzentrationslagern und SA-Kolernen durch eine große Unter-

suchung zu enthüllen. Alle Beteiligten sollen sich ebenso sehr die Aufgabe, die öffentliche Meinung der Welt zur Verhinderung derartiger unmenschlicher Handlungen aufzurufen.

„Beweismaterial“ gefälscht

Petropolis, 3. Dez. (Inprek.) Auf die Art, wie die Voruntersuchung im Reichstagsbrandprozeß „Beweismaterial“ herbeigeführt hat, wirkt folgender Vorfall ein bezeichnendes Licht:

Der bulgarische Angeklagte Popoff erklärt kategorisch, daß die mit „Peter“ unterzeichneten Quittungen sich nicht in seiner Wohnung befinden haben. Er verlangt die Quittungen zu sehen; das Reichsgericht lehnt ab. Alle bei Popoff beschlagnahmten Schriftstücke seien schon zu Beginn des Prozesses vorgelegt worden; das genüge. Schließlich werden die Quittungen dem Offizialverteidiger Popoff, Dr. Leichert, ausgehändigt, und nun stellt sich heraus, daß Popoff sie nie zuvor gesehen hat und daß sie nicht unter den bei ihm gefundenen Papieren waren. Sogar der Offizialverteidiger protestiert gegen die Benutzung solcher Beweismittel.

Der wahre Peter

Das Verteidigungskomitee für den Reichstagsbrandprozeß erhielt ein Schreiben aus Berlin, in dem sich derjenige meldet, der die mit „Peter“ unterzeichneten Quittungen, die angeblich bei Popoff gefunden wurden, unterfertigt hat. Das Verteidigungskomitee hat die Absicht, die Erklärung dieses Mannes sowie seine falsifizierte Unterschrift der Öffentlichkeit zu übergeben.

verrättern und Staatsverbrechern in eine Reihe stellen zu müssen, der stimme mit „Nein“, denn die Revolution hat großen Wert auf die Feststellung, mit wieviel Schweinehunden wir es im neuen dritten Reich noch zu tun haben. Jeder Arbeitskamerad unseres Betriebes, der am

13. November die Eingangspforte unseres Betriebes passiert, muß ein reines Gewissen haben und seine Handlungsweise des 12. November 1933 vor sich, seinen Kindern und der deutschen Geschichte verantworten können. Also: aus unserem Betrieb geht alles zur Urne und stimmt mit „Ja“.

Vom Strahlenbündel zum Hakenkreuz

Der Schwindelsegen des kleinen Mannes

In Gallsbach ist das Geschäft aus. Dem Wundermann, der mit dem elektrischen Strahlenbündel in einer Minute alle Krankheiten auslöschte, die den Bemühungen der gelehrten Aerzte getrotzt hatten, ist samt seiner Patentmedizin das Handwerk gelegt worden. War der Schwindel zu groß, zu durchsichtig, offenbar? Hat der „gesunde Menschenverstand“ in seinen Grundfesten, ein sturmwindhaftes Gelächter angestimmt, das den Charlatan wegfegte?

Keine Spur von Gelächter. Keine Spur von Sturmwind. Die Gilde der staatlich konzessionierten Heilbehandler sah ihre Felle wegschwimmen und den goldenen Strom, der auf Grund der Konzession und von Rechts wegen ihre Mühlen zu treiben hat, in ein Bett geleitet, das nicht das ihrige ist. Darum mußte der Wundermann vernichtet werden. Man hätte mit dem Schwindel sich abgefunden, auch in ihm jene Dosis Genialität entdeckt, die die Zünftigen immer fort finden, wo das Volk sie zu sehen wünscht.

Die Kirmeß einer Dorfgemeinde wars in Gallsbach. 100 oder 300 Menschen höchstens, über denen in jeder Séance des Meisters elektrische Funken sich entluden. 100 000 oder 500 000 segnet in Deutschland des Meisters Hakenkreuz zu gleicher Zeit — und die Menge der in den Segen sich Teilenden tut der Wirkung keinen Abbruch. Wie die 300 in Gallsbach nach empfangener Bestrahlung ihrer Krücken entarten konnten, fühlen die 500 000 in Deutschland nach der Segnung des Meisters sich aller Gebrechen frei und ledig.

Ist der Schwindel im Weltmaßstab, wie er in verflochtenen Jahrtausenden ein oder das andere Mal die Welt durchraste, in Bann schlug, in Wahnsinn fiehernd machte?

Es ist der Schwindel des „kleinen Mannes“, der Inhalt seiner kindhaften Tages- und Nachträume, die Fibelfilosofie, die Schuster und Schneider angesichts des gestirnten Firmaments ankommt.

Der Traum von der Erlösung von allen körperlichen und seelischen Leiden durch das Lebenselixier, von aller sozialen Beschwertheit durch die Patentmedizin des Wundermannes.

Was strengt Ihr Euch an. Ihr Machthaber in Berlin, um Euren Gläubigen eine passable Analyse Eurer Arzneien zu geben, was sinnt Ihr über dialektische Feinheiten, über filosofisch-sozialökonomische Explikationen? Sagt Euren Gläubigen offen und brutal ins Gesicht, daß Eure Tränke gebraut sind aus den getrockneten Exkrementen vergangener Jahrtausende, vermischt mit allen Abwässern aus den Jauchegruben der alten und der neuen Welt — und seit überzeugt, die Wirkung Eurer Arzneien wird sich noch ver Hundertfachen.

Schwindel? Schon finden sich in aller Welt, auch der außerdeutschen, die Zünftigen die auf Euren Hakenkreuzgeschmückten Haufen nächtlicherweile die Flämmchen der Genialität haben irrlichtern sehen. Schon wird man Zeuge der „geistigen Auseinandersetzung“ mit dem System, dessen „geniale Organisation“ Ethos und Wirkungskraft aus sich selber zeugt. Die Emanationen des hundertprozentigen Irrsinnigen, der urzeitlichen Brutalität, des typischen Schwindels werden sublimiert und ins Untypische erhoben.

Die Herrschaft, die Dolch und Peitsche, Handgranate und alles sonstiges Rüstzeug der rasenden Bestie über Leibern und Seelen aufrichtete, wurde zu göttlicher Macht, vor der sich in den Staub zu werfen legte Sehnsucht der Menschheit ist.

So wird aus der eindimensionalen Viecherei eine geistige Strömung, aus dem Gestammel eindeutig banaler Allerweltsprüche das System von Zeit und Zukunft.

Die Erlösung der Welt und Menschheit von allen ihren Uebeln, von Heiligen und Narren oft versucht, soll in Deutschland durch die Mittel des abgründigen Hasses und des Totschlags, durch infamen Rechtsbruch und durch Erniedrigung und Herabwürdigung der menschlichen Kreatur in die Wege geleitet werden. Tortur und Scheiterhaufen: wir kennen die Requisiten noch aus der Zeit, da man seiner sittlichen Sendung sich bewußt war und sich ihrer nach Kräften beflüßte.

Aber wir erinnern uns auch, daß, obzwar der Ruch der verbrannten Menschenleiber ein gut Teil der Welt erfüllte, die Erlöser doch in etlicher Zeit die göttliche Kraft verließ — und die Erlösung Stückwerk blieb, indem sie nur für die relativ Wenigen stattfand, die durch die Flamme in die Seligkeit eingingen.

Gegen das Abrakadabra des Wundermannes der Deutschen sind die Gesetze der Logik und die nüchternen Worte des gesunden Menschenverstandes hoffnungslos. Die fetten Schwaden sacharingesüßter Populärilosofie haften zäh und träge in der gährenden Leere der Hirnwindungen wie Kaugummi am Gaumendach.

Ausgelöscht vom seichten Schwatz der Militärrentnerilosofie ist alle Erinnerung an klassenkämpferische Menschenwürde. Sie forderte harte geistige Zucht und persönliche Verantwortlichkeit, sie lud zentnerschwere Säcke von Pflichten auf müde Schultern und zeigte nicht im Hintergrunde den gleißenden Jahrmarktshimmel der Seligen, sondern den kahlen Acker, dem eine befreite Menschheit — Spatenstich um Spatenstich — ein karges Dasein abzuringen hat.

Hier aber ist ein herausschender Wundertrank, der die von dem jahrzehntelangen Elend nicht aufgefressenen schäbigen Reste der Hirnmasse umnebelt und ihnen eine beglückende Fata Morgana vorgaukelt.

Wie konnte die deutsche Menschheit, diese friedlichen, ruhigen, nüchternen, aller Ekstase abholden Massen in diesen Paroxysmus von Haß, Terror und Gemeinheit geraten?

Wer dieses Volk kennt und wer mit offenen Sinnen diese schaurige Transformation miterlebt, mitgeföhlt, miterlitten hat, weiß sicher und gewiß, daß hier nur scheinbar eine Transformation stattgefunden hat. 100 000 oder eine Million Menschen sind es von allen 60 Millionen Deutschen, deren innere Schmutzigkeit diese Bewegung von je Lebenselement war. Sie sind es, die den 59 Millionen ihren Willen zur Gemeinheit aufzwingen mit Mitteln, die nie in diesem Volke heimisch waren. Es ist leicht, anständige Gesinnung, die nicht mit Widerstandskraft und persönlichen Mut gepaart ist, niederzuhalten, einzuschüchtern, ja, in ihr Gegenteil zu verkehren.

Aber man kann sie nicht ausrotten, *„Wer kurz oder lang wird sie sich wieder an die Oberfläche ringen und schauerlich Gericht halten.“* Die klare Erkenntnis der begangenen Freveltaten ist eingeschlüpfert, aber es wird ein Erwachen geben, das elementarhaft und ruckartig den mit Unrat bis zur Decke angehäuft Stall ausmistet.

An Euch, Euch, Euch, Ihr 40 Millionen deutsche Arbeiter, war es, den klaren, eindeutigen, hunderttausendmal erwogenen Weg, ohne Besinnen, ohne Zögern und ohne Klingelzeichen anzutreten, an dessen Ende der Popanz Adolf Hitler nur eine Laternenverzierung sein konnte.

Kein Wunder wird uns der ehernen Notwendigkeit entgehen, diesen Weg zu gehen. Heute oder morgen. Und eine Stunde der Entschlossenheit wird uns zeigen, daß das, was viele für Eisenbeton und Gußstahl halten, Papiermaché und Filmkulisse ist.

Peter Ber.

Fabel

Zu Aesops Zeiten sprachen die Tiere,
Die Bildung der Menschen ward so die ihre;
Da viel ihnen aber mit einmal ein,
Die Stammesart sollte das Höchste sein.
„Ich will wieder brummen,“ sprach der Bär,
Zu heulen war des Wolfs Begehr.
„Mich lästets zu blöken,“ sagte das Schaf,
Nur einer, der bellt, schien dem Hunde brav.
Da wurden allmählich sie wieder Tiere,
Und ihre Bildung der Bestien ihre.

Franz Grillparzer, 1849.

Zu Marburg an der Lahn

Ein tapferer Professor — Und Studenten, die ihn anjohlten

Während in der ganzen Zeit des politischen Umbruchs keinerlei öffentliche Auseinandersetzung zwischen Professoren- und Studentenschaft der Harburger Universität vorgekommen war, veranstalteten, so berichtet die „Kölnische Zeitung“, die Studenten eine große Kundgebung, die sich gegen den Geheimen Justizrat Professor Dr. Manigk richtete. Sie war veranlaßt durch Äußerungen, die der Professor in einem Repetitorium über Bürgerliches Recht getan hatte. Er gab geschichtliche Hinweise auf die internationale Auswirkung kultureller Ideen und Einrichtungen, sprach u. a. vom Uebergang des römischen fiduziären Rechts über das deutsche Rechtsleben und sagte in diesem Zusammenhang, daß ja auch die politische Idee, die Deutschland jetzt beherrscht, im römischen Boden ihre Wurzel habe. Die Äußerung wurde in der Hörerschaft sogleich mit Mißfallen und Unruhe aufgenommen, und diese Gefühle fanden dann heute zu Beginn der Vorlesung Manigks ungestümen Ausdruck. Die meist in SA- und SS-Tracht erschienenen Studenten brachten durch ihrer Führer die Angelegenheit zur Sprache, zeigten sich von der Erwidern des Professors unbefriedigt und verließen den Saal, um sich auf dem Marktplatz anzusammeln. Dort hielt der studentische Sturmführer eine Rede, worin dem Professor vorgeworfen wurde, daß er den Nationalsozialismus als eine Importware und als eine fremde Pflanze auf deutschem Boden geschmäht habe. „Wir, die deutsche Jugend“, so schloß der Redner, „verbitten es uns, von solchen „Führern“ ersogen zu werden und wir verlangen, daß Professor Manigk von seinem Lehrstuhl verschwindet.“ Nachdem ein zweiter Student in ähnlichem Sinn gesprochen hatte, marschierte ein tausend Mann starker Zug mit Sprechchören und

Kampfliedern durch die Stadt. Nachher sprach noch der nationalsozialistische Standartenführer und versicherte, daß er die Forderung der Studenten mit allen Mitteln unterstützen werde.

Martin Rade entlassen

Marburg, 1. Dezember.

Der seit Jahren emeritierte Professor der Theologie an der hiesigen Universität, Martin Rade, weitem Kreisen bekannt als Herausgeber der „Christlichen Welt“, ist jetzt auf Grund des Paragraphen 4 des Beamtengesetzes („Beamte, die nicht die Gewähr bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, usw.“) aus dem Staatsdienst entlassen worden; ebenso Professor G o e t t e, der über semitische Philologie las.

Martin Rade gehörte zum Freundeskreise Friedrich Neumanns. Seine „Christliche Welt“ war seit langen Jahren eine Zeitschrift, die von echtem religiösen Erleben getragen, den sozialen Ereignissen unserer Zeit weit aufgeschlossen war. Diese Verfügung gegen Martin Rade ist nicht nur gegen den greisen Theologen und Gelehrten, der schon in der Vorkriegszeit echte demokratische Gesinnung bekundete, gerichtet. Sie ist zugleich eine Kampfansage gegen die opponierenden Professoren der Marburger Universität, deren „Gutachten“ wider die radikalen „Deutschen Christen“ von den Anschauungen Rades nicht unbeeinflußt geblieben ist.

Die deutschen Universitäten

Wir treiben jetzt nach neuer Methode in Deutschland Gelehrsamkeit; nach geopolitischer Mode sind wir an den Grenzen bereit. Die Chemiker züchten Bazillen zu Zwecken, die Banse gelehrt und Pastoren dichten im Stillen die Feldpredigt, längst schon entbehrt.

Zum Luftschußappell schrein Sirenen schrill, wer nicht gehorcht, sitzt schnell in Haft. Wer Wissenschaft schreiben will, hört im Kolleg Wehrwissenschaft.

Man pugt jetzt die Wehrgedanken blißblank in der Filosofie, gehu zu Grund auch Fabriken und Banker so heroisch war Deutschland noch nie. Man studiert das Gesetz der Vererbung; und der Wenden nordische Zucht, wird aus der Semiten-Verderbung, Poy Odin, zu retten gesucht.

Zum Luftschußappell schrein Sirenen schrill, wer nicht gehorcht, sitzt schnell in Haft. Wer Wissenschaft betreiben will, hört im Kolleg Wehrwissenschaft.

Die braven Historiker lehren jetzt alles in „rassischer Schau“, man kann Charaktere entbehren, die Eael sind alle ja grau. Was die Bansen an Wissenschaft haben, in Retorten stinkt es als Gas. Ueber Deutschland fliegen die Raben, denn sie wittern das künftige Aas.

Zum Luftschußappell schrein Sirenen schrill, wer nicht gehorcht, sitzt schnell in Haft. Wer Wissenschaft betreiben will, hört im Kolleg Wehrwissenschaft.

Wenzel Sladek.

„Blauweiß“ im Esplanade

Papen hat Geburtstag

Wer die Volksreden der deutschen Regierungshauptlinge hört oder liest, muß annehmen, diese treusorgenden Väter der Armen seien im Privatleben anspruchslos und bescheiden wie die alten Spartaner am Eintopfsonntag. Und der „Berliner Herold“, bestätigt das denn auch:

„Am Sonntag hatte der Vizekanzler von Papen seinen 56. Geburtstag. Er ging also am Sonnabend mit den Seinen zu Max Hansen ins „Besaubernde Fräulein“, wo er herzlich lachte und hinterher giag man auf einen Ball. Der Vizekanzler, der ein begeisterter Sportsmann ist, erschien mit den Seinen knapp vor Mitternacht auf dem großen Ball des Tennisklub „Blauweiß“ im Esplanade. Da die Zeitungen schon am Tage vorher die Tatsache seines Geburtstags ausgeplaudert hatten, sprach sich seine Anwesenheit schnell herum, Punkt zwölf Uhr schmetterte die Kapelle einen Tusch, aus allen Sälen des Esplanade brach aus tausend Kehlen ein donnerndes Hoch aus. Als erster gratulierte von Papens Kollege aus dem Kabinet, der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt. Ehrenpräsident des Klubs „Blauweiß“ ist Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg. Eine vornehme Geselligkeit herrschte an diesem Abend. Unter den Anwesenden sah man auch den Polizeigeneral Daluge, der Chef der Geheimen Staatspolizei Dr. Diehls, in der Stahlhelmuniform Prinz Eitel Friedrich, in der SS-Uniform seinen Neffen, den Prinzen Wilhelm von Braunschweig.“

Im „Esplanade“ zu Berlin pflegt man gewöhnlich Wassersuppe zu essen. Trotzdem soll es nicht nur Herr von Papen, sondern auch dem Polizeigeneral Daluge und dem Chef der Geheimen Staatspolizei Dr. Diehls ausgezeichnet geschmeckt haben. Warum auch nicht? Was sollte ihnen den Appetit verderben? Blut sehen sie alle Tage. „Stark im Ertragen aller Opfer“ — so will Hitler den deutschen Mann. Und so ertragen sie denn ihre Opfer mit größtem Gleichmut.

Einer, der sie kennt

Wilhelm Stapel auf dem Index

Herr Wilhelm Stapel, einer der eifrigsten Propheten des „dritten Reichs“, wettert im „Deutschen Volkstum“ über „Kriechertum und Angstmeierei“:

„Die seelische Reaktion des Spießers auf die Gewalt überindividueller Mächte, die über ihn dahinbrausen, pflegt zu sein: Aengstlichkeit, Sich-ducken und Pfötchen-gaben. Damit kommt er überall durch die Welt und durch jede Revolution.“

Eiligst suchte der Spießler auf dem Parteibüro ein Loch, durch das er in die Partei hineinschlüpfen könnte. . . Durch Außerlichkeiten schmust er sich an die heran die Macht haben, um innerlich zu bleiben, was er war, ist und . . . sein wird. . . Aufmerksam späht er nach dem Munde derer, die sein Schicksal (!) sind. Keinen Gedanken wagt er mehr von sich zu geben, ohne sie durch irgend ein Zitat von Hitler, Göring, Göbbels usw. zu sichern. . . Ganz besonders devot erfolgt das Zitat dann, wenn der Spießler es als Deckung für seine eigene andere Meinung benützt, die er nicht klar aussprechen wagt.

Spießler wird einem von diesem Neubyzantinismus des ewigen Spießlers.“

Ganz unsere Meinung! Aber dieser Neubyzantinismus, dieses Kriechertum, diese Angstmeierei sind die unvermeidlichen Folgen eines Systems, das die Freiheit gemordet, den Geist in Fesseln geschlagen, die aufrechten Männer und Frauen in die Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt oder ins Exil gejagt hat! Wer das mit gefördert hat, darf sich über die Folgen nicht beklagen.

Auch Stapel selber nicht. Er sollte jüngst in Hamburg vor Studenten sprechen. Sofort wurde sein Vortrag verboten. . .

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Verteilung des Goncourt-Preises, die die literarischen Kreise in Atem hält, wurde vom 6. auf den 7. Dezember verschoben.

Der Kanadier Patrick Hardy, der Sohn eines Senators, der in Paris seine Mutter überfallen hatte, ist für unzurechnungsfähig erklärt worden.

46 Arbeitslose von Lille, die einen „Hungermarsch“ nach Paris angetreten hatten und unterwegs nachts in Scheunen schliefen, haben die französische Hauptstadt erreicht.

Die Mistinguett ist wieder nach Paris zurückgekehrt und spielt wieder vor dem Pariser Publikum.

Der Verkauf der neuen Antituberkulose-Marke „Jeux et Santé“ hat begonnen.

Is! Paris unskiflich?

Nach Auffassung von deutschen Heldenjungfrauen mit Dutt ist Paris bekanntlich das moderne Babel. Nach Auffassung der Franzosen hingegen sind Laster, wie sie in Berlin vorkommen, insbesondere das Vorhandensein von Spezialitäten für Roehm-Knaben und der „Koks“-Verkauf (trotz Marseille) in diesem Umfang für Paris unmöglich.

Nunmehr haben im Pariser Stadtrat die Affäre von Violette Nozires und den „falschen Matrosen“ im Anschluß an den Tod des Nachtkönigs Dufrenoy zu einer Tugend-Debatte geführt. Der Stadtrat Lionel Nozires hat Reinigung der Straßenviertel, besonders in lateinischen Gegenden, sowie auf den zwei Bergen verlangt und vor allem will er nicht, daß man echte Studenten und falsche, echte Matrosen und falsche durcheinanderschmeißt.

Herr Chiappe, der Polizeipräsident von Paris, hat geantwortet. Er hat klipp und klar auseinanderzusetzen, wie es in Verbindung mit dem Innenministerium fertig bringt, das Eindringen der unmoralischen Wellen einzudämmen. Gewisse Laster entzünden zwar der Polizei, da sie nicht strafbar sind. Aber, mit schuldiger Reserve, muß festgestellt werden, daß die moralische Gesundheit der wahren Franzosen und der wahren Pariser ebenso wie die der richtigen Studenten und Matrosen außer Zweifel ist.

„Meine Wachsamkeit“, so schloß der Präpekt und Reiniger des Bois de Boulogne, „wird niemals in dieser Hinsicht mangeln.“

Richard III. des Mordes überführt

Nach besonderen Meldungen ist eben ein Verbrechen aufgedeckt worden, dessen Urheber kein anderer als — Richard III. ist, der von Shakespeare besungene königliche Mörder.

Es handelt sich um die beiden Knaben Eduards IV., die dieser Untermensch, wie Shakespeare das in der berühmten

Mörder-Szene schildert, umbringen läßt. Der eine war der 10jährige König Eduard V., der andere sein Bruder Richard, Herzog von York. Beide wurden im Tower gemordet.

Aber bisher war sich die Historie noch nicht einig, ob Richard III. oder Heinrich VII. der Mörder war. Man schwankte auch, ob gewisse Knochen, die 1674 im Tower gefunden wurden, die der Knaben waren.

Jetzt aber haben der Konservator Tanner von Westminster-Abtei und Professor Wright, Leiter der Anatomischen Gesellschaft der Inselkönigreiche, das Geheimnis enthüllt. Soeben haben sie in einem sensationellen Vortrage vor der Gesellschaft der Altertumsforscher von London den Prozeß gegen Richard III. wieder aufgemauert.

Am 6. Juli wurde in Gegenwart der Kirchenbehörden in strengster Abgeschlossenheit die Urne geöffnet, die die Reste der Knaben enthielt. Der Anatom Wright hat die Ueberbleibsel durchsicht und festgestellt, daß es unzweifelhaft die Reste von zwei Knaben sind, der eine 12 bis 13 Jahre, der andere 9 bis 11, beide groß für ihr Alter. Die Konstruktion der Schädelknochen und das Fehlen der Milchzähne lassen darauf schließen, daß es Brüder waren. Auf dem Kinbacken des Älteren waren Blutstropfen, ein Indiz, daß er erdrosselt wurde.

Mehrere Dokumente beweisen, daß der Mord 1483 geschah (also 450 Jahre vor dem Reichstagsbrand). Damals regierte Richard III., ihr Oheim, Heinrich VII. muß also freigesprochen werden.

Thomas Morus, der berühmte Geschichtsschreiber, erlebte mit seiner „Regierung Richards III.“ eine nachträgliche Rechtfertigung. Nach Morus' Annahme ist der Bericht des Kardinals Morton zutreffend. Nach diesem drangen die Mörder in die Zelle der schlafenden Knaben ein und erdrosselten einen nach dem anderen.

Richard III. ließ den Opfern nach dieser Tat ein königliches Grabmal bauen — — —

Wo haben wir doch dergleichen auch sonst schon gelesen? —

In den Banden des Kantine nmädchens

Metz, den 1. Dezember. Das französische Gericht hat mal wieder mit einem Spion für Deutschland zu tun. Diesmal war es der 22-jährige Zeichner Jacques, der auf einem Trainbureau der neuen Festungswerke von Veckring bei Thionville beschäftigt wurde. Der blutjunge Menach wurde durch ein Kantine nmädchen namens Elise Pfeffer zu seinem verräterischen Werk gewonnen.

Er wurde auf dem Metzzer Bahnhof verhaftet, als er Kopien von Festungsplänen einem deutschen Agenten ausliefern wollte. Der Täter erhielt 4 Jahre Gefängnis und 100 Fr. Geldstrafe.

Man merkt, es riecht immer noch sehr nach Spionen um den friedfertigen Adolf.

Das Erbe des Roulette-Fürstentums

Das Baccarat- und Roulette-Fürstentum am Mittelmeer hat wiederholt die Gerichte beschäftigt. Die Erbin des alten Fürsten und berühmten Tiefseeforschers, Erbprinzessin Charlotte Grimaldi von Monaco, hat trübe Erfahrungen in der Ehe gemacht.

Chautemps erster Erfolg

Paris, 2. Dez. Die Kammer hat heute nachmittag mit 391 gegen 19 Stimmen beschlossen, die Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung bis nach Berücksichtigung der Finanzsanierungsgelege zu vertagen. Die Regierung Chautemps hatte für diesen Antrag die Beratung eingeleitet und blieb somit siegreich.

Der Antrag der Regierung, für Beratung der Finanzsanierungsgelege das beschleunigte Dringlichkeitsverfahren zur Anwendung zu bringen (wofür Zweidrittelmehrheit notwendig ist) wurde von der Kammer mit 369 gegen 11 Stimmen angenommen.

Sie war mit dem Prinzen Pierre de Polignac verheiratet. Die Ehe wurde 1930 erst getrennt, dann 1933 geschieden. Zu diesem Zwecke lagte der Revisionshof von Monaco als höchstes Gericht in Paris. Präsident Poincaré war Schlichter gewesen.

Jetzt klinge die Kasino-Erbin erneut, aber vor dem französischen Gericht, um das Scheidungsurteil in Frankreich ausführbar zu machen.

Die Polignacs sind eine der bekanntesten Familien von Frankreich. Einer von ihnen war Kardinal und schrieb vor über 200 Jahren ein berühmtes Buch gegen Lukrez und den Materialismus. Eine war die intimste Freundin von Marie Antoinette. Eine brachte 1830 das Bourbonen-Königtum durch seine Jull-Ordonanzen zum Scheitern. Jetzt sind die Ur-Ur-Neffen des alten materialistenfeindlichen Kardinals zur Ehe mit der Croupier-Familie übergegangen, und die Roulettekugel ihres Schicksals rollt weiter.

Maisonnette des Comediens Russes
Erstklassiges Restaurant-Cabaret Normale Preise
RAPHAËL (früher „Moulin“) NASTIA FOLIAKOWA
und die berühmten russischen Sänger
Abendmahlzeit (von 8 Uhr) Soupers (bis 3 Uhr)
36, RUE VIVIENNE (BEI BOURSE) PARIS.

CABINET E. MARTELLIERE
docteur en droit (Gegründet 1910)
MARC LINAIS **EMILE TRONQUIT**
licencié en droit diplômé notaire
Conseils juridiques
ERNST LANDAU
früh. Rechtsanwalt beim Amts- u. Landgericht in Düsseldorf
2, Rue des Petits-Pères, PARIS 2^e
Telefon Gutenberg 79-42 Central 40-57
Gesellschaftsverträge
Prozessführung
Einziehung von Forderungen im In- u. Ausland

Ein Saar-Film

Im Ciné — Paris — wird gegenwärtig eine Filmreportage „La Tragédie de la Sarre“ vorgeführt, der von dem Chefredakteur des „Paris-Midi“, M. Gabriel Perreux, kommentiert ist und von M. M. Hudelet et Fassin unter der künstlerischen Leitung M. J. Beer geschaffen wurde.

Der kleine Film zeigt Fotos von Saarbrücken und Umgebung. Er enthält Erklärungen der saarländischen Parteiführer, dagegen hat der Führer der Hitlerianer im Saargebiet, wie „Paris-Soir“ mitteilt, ein Interview abgelehnt. Im Zeitalter des „Angebots“ Hitlers in der Saarfrage ist diese Ablehnung allerdings sehr pikant.

Das Blatt lobt den neuen Saar-Film außerordentlich, empfiehlt den Besuch des Reportage-Films und fordert mehr Aufnahmen dieses Genres.

Der neue Greta-Garbo-Film

Nach Nachrichten aus Hollywood heißt der neue Film Greta Garbos in französischer Uebersetzung „Le voile peint“, nach dem bekannten Roman von Somerset Maugham, Drehbuch von John Meehan.

Nach Beendigung von „Königin Christine“ nimmt die Garbo drei Wochen Urlaub.

Die Produktion hat Hunt Stromberg. Der Regisseur steht noch nicht fest.

Wagner-Hausse, Madrigal und Song

Der Zwischenfall um Kurt Weill

Die Pariser Wagnermode nimmt ungewöhnliche Formen an: Wer Lust, Zeit und Geld dafür hat, kann dreimal wöchentlich Wagner-Werke in der Grande Opera sehen und hören, zum Teil mit illustren deutschen, englischen und amerikanischen Gästen. Er kann fast allwöchentlich ein bis zwei Wagner-Festivals in den großen Zykluskonzerten absolvieren. Er kann sich, ist sein Bedarf damit noch nicht gedeckt, in den Concerts Paderloup das Vergnügen einer Konzertaufführung des ungekürzten „Rheingold“ leisten. Bei alledem wird er die Probe aufs Exempel seiner Stellung zu Wagner machen und wahrscheinlich finden, daß die Kunst des Bayreuthers hier in Paris, wo keine nationalsozialistisch-chauvinistische Aufmachung die Darbietung verzerrt, reichlich leuchtet und gegenwärtiger scheint als bei den zur Regel gewordenen „Festen“ des „dritten Reichs“.

Mißeht es das hervorsteckende Merkmal des Pariser Musiklebens, daß die Kunst hier trotz aller gesellschaftlichen Bindungen und Repräsentationsgelüste noch ein Eigenleben führt, dem die Politik bis jetzt fast völlig ferngeblieben ist (mit Ausnahmen — versteht sich!).

Erfreulich, daß eine aus deutschen emigrierten Künstlern zusammengestellte Sängerguppe „Le Madrigal“, die Hans W. David führt, ein prominentes Publikum (im Saal der

Ecole Normale de Musique) und herrlichen Beifall findet. Das erste Programm, das neben A-cappella-Gesängen aus der Zeit der französischen Renaissance Bachs Motette „Jesu meine Freude“ als Hauptstück bot, bewies fleißige Vorbereitungsarbeit und zum Teil ausgezeichnetes Material. Die junge Vereinigung hat sich mutig gleich an das Höchste und Schwierigste gewagt. Sie wird ihr Programm, vielleicht unter Hinzuziehung alter Instrumentalmusik, erweitern und vor allem aus zeitgenössischem Schaffen ergänzen müssen. Dann wird sie einen festen, wenn vielleicht auch kleinen, Besucherkreis finden. Man wünscht es der Künstler wie alter und neuer Madrigalmusik wegen.

Das Neue fällt auf: ein Konzert des vortrefflichen Chorleiters der Grande Opera, Sihan, das dem Schaffen Arthur Honeggers, vor allem dem wesentlichsten Werk, dem Oratorium „Le Roi David“ gewidmet ist. Eine Matinee der Paderloup-Konzerte, in der der repräsentativste französische Musiker dieser Zeit, Maurice Ravel, sein Klavierkonzert und seinen „Bolero“ selbst dirigiert. Ein Konzert des Orchestre Symphonique de Paris unter Maurice de Abrahams Leitung schließlich, in dem eine Novität Kurt Weills zu einem sensationellen Zwischenfall führt.

Kurt Weill ist in Paris kein Unbekannter. Die „Dreigroschenoper“ ist ein ebenso großer französischer wie deutscher Erfolg gewesen. „Mahagonny“, das „Ballett 1933“, beides auch in Paris heftig umstritten, hat doch hier wie überall stärkste Beachtung gefunden. Nun hat Madame Madeleine Grey auf ausdrücklichen Wunsch des Orchestre Symphonique, das um diese Novität bat, drei Gesänge aus Weills letztem Bühnenwerk „Silbersee“ zur Pariser Erstausführung gebracht. Die äußerst gelungene französische Version des Georg Kaiserschen Textes stammt von Madame Milhaud.

Es handelt sich um „Songs“, oder besser gesagt um eine schon wieder — im besten und modernsten Sinne — opernmäßige Nachfolge der Songmusik, die wir aus „Drei-

groschenoper“ und „Mahagonny“ kennen. Was zunächst nicht möglich schien, das Genre der zeitgemäßen coupletartigen Liedform in sich weiter zu entwickeln, ist Kurt Weill in seiner Massenoper „Die Bürgschaft“ und in diesem wieder zwischen Schauspiel und Oper pendelnden „Silbersee“ gelungen. Eine Lyrik, eine eigenartige neue Stimmungskraft und ein Streben zur großen Form hat den ursprünglich in Literatur und Kabarett beheimateten Song-Typ auf eine musikalische Ebene gebracht, die seine Verpflanzung in den Konzertsaal rechtfertigt.

Das Publikum im Saal Pleyel erzwang sich eine Wiederholung, bei deren Beginn es zu jenem merkwürdigen, von der Presse übertriebenen „Zwischenfall“ kommt: der bekannte französische Komponist und Musikkritiker Florent Schmitt ruft nach einigen alarmierenden Pfiffen „Vive Hitler“ in den Saal. Er will damit, so äußert er sofort, keine Politik in den Konzertsaal tragen, aber er will gegen schlechte deutsche Komponisten — auch wenn es Emigranten sind — in ersten Pariser Konzerten protestieren. Ist diese Form des Protestes nötig für eine Autorität, der die erste Pariser Tageszeitung als Organ zur Verfügung steht?

Möglich, daß Florent Schmitts fachliche Meinung berechtigter ist als die hier geäußerte — alle Kritik ist ja leider oder glücklichweise subjektiv und also relativ — über die Form, in der sie geäußert wurde, brachte eine andere als die von Herrn Schmitt beabsichtigte Wirkung: Er hat jenen hitlerdeutschen Kreisen eine Freude gemacht, die sich nie und nirgends für die Aufführung auch der besten französischen Musik in Deutschland einsetzen werden.

Man erinnere sich: 1913 wurde Igor Strawinskys „Sacre du Printemps“ im Theatre des Champs Elysees niedergeschrien, 1930 versuchten einige Nazi-Jünglinge Darius Milhauds „Columbus“-Erfolg in der Berliner Staatsoper nieder zu brüllen. Die Pariser Wagnerhausse des Jahres 1933 zum Beispiel zeigt ja, daß allein die Zeit ein gerechtes Werturteil fällt. Paul Walter.

Fachmann für Propaganda
(Franzose) mit eigenem Büro, eingetragene Firma, großem Kundenkreis, sucht zwecks Vergrößerung seines Wirkungskreises aktiven Teilhaber mit 150.000 Fr. Kapital.
Offerten an Publ. Metz, Paris, 51, rue Turbigo Nr. 135

Teiffha'er
mit 50 bis 60 Mill. für
... in Elsaß-Lothringen
...
Off. unt. ...
... „Deutsche Freiheit“

Auch die „Kleine
Anzahl“ in de
„Deutschen Frei-
heit“ ...

PARIS-ETOILE
9, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine
Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen.
Téléphone Trinité 52-4

LACIGOGNE
Bar-Cabaret-Dancing
MONTPARNASSE
11, RUE BEFA TELEPHON DANTON 66-65
Die ganze Nacht geöffnet. Mit dieser Anzeige
bekommen Sie 10% Preisermäßigung.

Wir suchen sofort in allen
größeren Orten
des Bas-Rhin und Haut-Rhin
Untervertreter
zu höchsten Provisionssätzen
„Deutsche Freiheit“ Generalvertretung
für Elsaß-Lothringen. Schreiben an:
Agence Liberté
2, petit rue d'Auverville, Strasbourg

Berliner Brief

h. h. **Vieder** ...
 ... aber Du weißt ja, wie schwierig es momentan ist für mich, an Dich zu schreiben. Vieder ist es ja manchmal heute, so, daß man seinen nächsten Mitmenschen nicht mehr trauen kann. Der Hunger ist groß. Dazu kommt der große Druck, den alle Stellen ausüben, die irgendwie mit der Verteilung von Unterführungen zu tun haben. Man hat eine halbe Verzweiflung den Kopf verloren und ist bei der letzten Aufhebung der Aufnahmeperle hingelaufen, um sich in die SA. aufnehmen zu lassen.
 Auch M. hat nunmehr diesen Schritt getan. Ich habe ihm schwere Vorwürfe gemacht. Aber er gehört nun einmal leider nicht zu den Kämpfern, die lieber verhungern, ehe sie das bewußte Demd wechseln. Als ich ihm Vorhaltungen machte, antwortete er, ob ich ihm Stiefel und Brot geben könne ...

Du kannst glauben, wir haben uns an vieles gewöhnen müssen. Es macht bestimmt kein Vergnügen, hier in Arbeit zu stehen. Manchmal möchte man den ganzen Dreck hinschmeißen und davongehen. Dabei muß man noch froh sein, daß man als „ehemaliger“ Sozi überhaupt seine Familie vor dem größten Hunger schützen kann.
 Am Samstag hatte unsere Firma „Deutschen Abend“. Jeder Betriebsangehörige muß hin oder er liegt. Ich kann Dir sagen, es wird einem übel, wenn man dieses Geseire miterleben muß. Dagegen waren die alten Harmonieverbände die reinen Klassenkampforganisationen.
 Am Mittwoch ist eine Versammlung im Sportpalast. Erscheinen ist Zwang. Es wird genau kontrolliert. Am Freitag stellt sich in einer Abteilungsverammlung der neue Nazi-Bohne vor. Als Bilanzversammlung. So geht das jede Woche drei, viermal. Eintrittsgeld beträgt im Durchschnitt 40 bis 80 Pfennig. Dafür hast Du dann das Vergnügen, Dich beschimpfen und Dein Ohrgefühl in den Dreck trampeln zu lassen.

Und wehe dem, der sich weigert oder sich sonstwie verdächtig macht. Wir haben in diesen Tagen erst wieder den Fall mit dem alten ... mann erlebt. 27 Jahre hat er in seinem Betrieb gearbeitet. Eine unbedachte Aeußerung und schon war er draußen. Er hat Einspruch erhoben. Antwort darauf bekam er — Du wirst lachen! — vom Polizeipräsidenten: Der Einspruch wird abgelehnt wegen Verdachts staatsfeindlicher Gesinnung. Im übrigen solle er froh sein, daß er nochmal so davongekommen sei.

Als er nach Hause kam, hat er sein Anerkennungsdiplom für fünfundsiebenzigjährige treue Mitarbeit, unterzeichnet vom Altvater Dindenburg, in den Ofen gesteckt.

Aber trotz aller Rot ist die Stimmung hier so, daß wir zu freieren sein können. Nachdem der erste Schreck vorüber war, haben sich viele gefunden, die begeistert mitarbeiten und Kopf und Kräfte riskieren, um den Sturz dieser Gesellschaft vorzubereiten. Oftmals muß man sich wundern, weil diese neuen aktiven Kräfte vielfach bisher völlig unbekannt sind, während mancher von den früher Guten heute verläßt. Aber das kommt wohl bei den Alten daher, daß ihre Kraft verbraucht und ihr Wille nun nicht mehr stark genug ist.

Die dauernden Aufmärsche, „freiwilligen“ Sammlungen, Eintopfgerichte und Abzüge wirken auf die, die in ihrem ganzen Leben nichts anderes als Eintopfgerichte auf dem Tisch gehabt haben, besonders revolutionisierend. Du machst Dir keine Vorstellung, wie beispielsweise der Mittel-

An- und Verkauf

zentraleuropäischer und südamerikanischer Divison Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Perles & P. Michel
 34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
 TELEFON TAIBOUT 98-40 BIS 48

hand meckert. Ja, diese Brüder haben sich eben zu gründlich verrecknet. Die dachten, der große Adolf würde ihnen die Kunden in ihre jämmerlichen Buden treiben. Und nun geht es ihnen hundertmal dreister als vorher. Das kommt zum Teil daher, daß die Leute kein Geld mehr haben, etwas zu kaufen. Zum andern aber hat sich ein großer Kreis von Genossen gefunden, der um die Vordenturen derjenigen, die früher ausgesprochene Hitler-Führer waren, herumgeht. Das erhöht natürlich die Meckerei ungemessen. Dadurch wird die Stimmung gegen die Hitler-Bonzen in diesen Kreisen von Tag zu Tag schlechter.

Und dann erst die SA und SA. Man kann den Eindruck haben, als läge die nationale Regierung auf einem brodelnden Vulkan. Die rauhen Kämpfer hatten sich die Belohnung für ihre an unseren Leuten verübten Brutalitäten wesentlich anders vorgestellt. Darum ist es dauernd heftige Diskussionen und Revolten. Haben die Bonzen an einer Stelle den Brandherd nicht richtig angezündet, so schlagen die Flamme an einer anderen Stelle um so höher. Erst in der letzten Woche haben sie wieder über hundert SA-Leute vom Wedding in das Konzentrationslager Oranienburg gebracht.

Nunmehr halten sie überall große Appelle ab, wo die Sammelabteilungen allezeit zu hören kriegen. Diese Appelle haben den Zweck, eine alte Garde mit besonderen Absichten zu bilden, die die auffälligen Hitler-Soldaten in Schach halten sollen. Wie lange wird es dauern, dann müssen sie eine noch ältere Garde bilden, die die alte Garde zur Ordnung rufen muß.

Du warst in Deinem letzten Schreiben ein wenig pessimistisch und hast gemeint, es würde wohl sehr lange dauern. Sicher ist der Sturz dieses Regimes keine Sache, die sich auf heute und morgen ins Auge lassen läßt. Trotzdem sind wir guter Zuversicht. Denn der Hitler-Schwindel war zu groß, um diese Diktatur mit den Machthäusern anderer Diktaturen zu messen. Außerdem weißt Du ja, wie unsere alte Parole lautet: „Tempo, Tempo, Kameraden.“

Nun laß es Dir ausgehen und den Kopf nicht hängen. Warte mit dem Schreiben, bis ich Dir eine neue Adresse mitgeteilt habe. Alle Freunde lassen grüßen. Dein O...

Auslands'äuschnö

(Anf.) Im Konzentrationslager Brandenburg war kürzlich eine Besichtigung durch ausländische Journalisten angeordnet. Alle Gefangenen wurden vorher zum Rasieren kommandiert. Für jeden Internierten wurde ein Strohhalm bereitgestellt, während sonst mehrere zusammen auf einem Strohhalm schlafen mußten; dann gab es sogar ein festliches Mittagessen.

Nach der Besichtigung mußten die neu ausgegebenen Strohhalm sofort zurückgebracht werden, und es gab wieder das frühere kaum genießbare Essen.

Dr. Spécialiste

96, rue de Rivoli - Métro: Chatelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
 Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
 Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impfungverfahren, Trypsin-vine-Einspritzungen
 Blut- und Harn-Untersuchungen, Spektroskopie, Salvarsan, Wismut usw.
 Sprechstunden täglich von 10-12 Uhr und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
 Konsultationen von 25 Fr. ab.
M a n s p r i c h : d e u t s c h

LEHM kauft JUWELN

Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF:
 Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

Deutsche Poliklinik

Tel. Trinitz 45-13 Métro: Pigalle Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
 a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
 b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die allermodernste Einrichtung
 c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
 d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Deutsches Zahnärztliches Institut

22, RUE DE DOUAI - Métro: Blanche, Pigalle Tel. Trinitz 36-27 - Sprechstunden: 9-12, 2-4 Uhr
 Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan
NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN
 Umarbeitung schlechtsetzender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz, Reparaturen binnen 3 Stunden
SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE
MÄSSIGE PREISE, UNTERSUCHUNG U. BEHANDLUNG KOSTENLOS

Französisch in 15 Stunden

ECOLE BENEDICT . 23, Boulevard des Italiens . (Métro Opéra)

Die 13 Todesurteile

Das Blutgericht von Dessau

Man schreibt uns aus Mitteldeutschland:

Die dreizehn Todesurteile, die das Schwurgericht in Dessau im Hedlinger Mordprozeß gefällt hat, haben in Mitteldeutschland eine fürstbare Erregung in der Arbeiterschaft ausgelöst. Hedlingen ist ein Landstädtchen mit etwa 10000 Einwohnern. Es liegt an der preußisch-anhaltischen Grenze und war schon vor dem Kriege stark sozialdemokratisch. Nach dem Kriege war das Städtchen oft der Schauplatz heftiger politischer Kämpfe. Die sozialdemokratisch geleitete Stadtverwaltung war der Angriffspunkt für rechts und links

Die Einwohnerschaft hatte unter der Rot besonders hart zu leiden. Ringsum waren die Kohlen- und Kaligruben stillgelegt. Ungeheure Arbeitslosigkeit trug dazu bei, daß ständig eine Atmosphäre der Erregung herrschte. Die Vergleiche wurden in verhältnismäßig jungen Jahren von den Stadtverwaltungen entlassen, und sie mußten von ihren niedrigen Renten leben. Der Schreiber dieser Zeilen hat die bedauerndsten Opfer der Wirtschaftskrise oft in Versammlungen vor sich gehabt. Und oft hat er ihren Unwillen über die Lage entgegennehmen müssen. Man muß diese abgehärmten Gesichter der Männer und Frauen gesehen und studiert haben um zu wissen, wieviel Disziplin ihre Träger trotz all ihrer Rot beherztesten. Man muß die hoffnungslose Lage der Jugend dieses Gebietes und ihre sonstigen Nöte gekannt haben um zu begreifen, daß jeder Rastlummel, der vom Unternehmer bezahlt wurde, in einer solchen Stadt als Provokat wirken mußte.

Und nun erst der erschossene Pieslik. Wir wollen den Mord nicht guthießen. Aber Pieslik war ein Provokat.

Er war es, der Abend für Abend wie ein Pfau in die SPD-Kneipe ging und herausforderte. Er war es, der jeden sozialdemokratischen Arbeiter, jeden Reichsbannermann, jeden Kommunisten auf der Straße anpöbelte.

Er war es, der sozialdemokratische und kommunistische Versammlungen zu sprengen suchte. Was Wunder, daß man ihm gern einen Dornstachel verabreichen wollte. Wir haben die feste Überzeugung, daß die sogenannten Mörder an jenem verhängnisvollen Abend 1932 von ihm auslöste gereizt worden sind. Es war gerade Wählzeit, und die Nazis traten überall provokatorisch auf. Pieslik war überall dabei, wo es zu Aufruhr kam; er war es, der ständig mit der Pistole herumstocherte. Und in Anhalt, wozu Hedlingen gehört, gab es schon damals keine objektiven Richter mehr, denn Anhalt hatte bereits eine Nazi-Regierung unter Herrn Heuberg. Die Republikaner waren rechtlos.

Kann man da nicht verstehen, wenn Arbeiter sich vor solchen Rowdys zu schützen suchten? Der oder ich — so hand es damals in Anhalt bei Zusammenstößen.

Um den Tod dieses „Edelmenschen“ zu rächen, haben die Dessauer Richter 13 Arbeiter zum Tode verurteilt. 13 für einen! Warum? Nur weil sich nicht nachweisen ließ, wer geschossen hatte.

Wie aber sind anhaltische Richter in anderen Fällen verfahren? Im August 1932 kam an einem Sonnabendabend eine Dessauer Reichsbannerabteilung auf Rädern von einer Tour aus Verh. zurück. An ihrer Spitze ihr Führer Feurerherdt. Sie hatten eben ein nationalsozialistisches Gartenlokal passiert. Da gab es hinten Krach. Die Nazis überfielen die letzten des Radfahrerjünges. Feuerherdt fuhr sofort an das hintere Ende des Zuges. Er hatte eben das Kommando „Weiterfahren“ gegeben, um es nicht zu einer wüsten Schlägerei kommen zu lassen. Da kam aus dem Garten ein Nazi-mann angelaufen, und er schoß sofort auf Feuerherdt. Dieser wurde getroffen vom Kade. Die Nazis banden sich über ihn her und bearbeitete den zu Tode getroffenen mit Messern. Am andern Tage starb Feuerherdt nach fürchterlicher Qual.

Die Dessauer Richter bzw. der Staatsanwalt? Was tat die hohe Justiz?

Sie stellte das Verfahren ein, weil der oder die Mörder nicht festzustellen waren.

Stuhelgendes Geschäft

in Haushalt-, Stahl- und Eisenwaren, en gros und en detail, bestes Zentrum ANTWERPEN, wegen Abreise zu verkaufen. Seriose Reflektanten schreiben an: Librairie „PROGRÈS“ für L. M., 88, Longue rue de Yverdon, Anvers

Allgemeine Deutsche Poliklinik

18, rue Blanche Tel. Trinitz 64-99 Paris, 9, Rue de Valenciennes
 Chefarzt Professor WENSTEN
 1) SPEZIALKRITISCHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.
 2) INNERE Klinik 3) CHIRURGISCHE Klinik
 4) GEBURTSHILFICHE Klinik
ORDINATION: täglich von 1 bis 3 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Insectenannahme FÜR STRASBOURG

Librairie Populaire 2, RUE SEDILLOT 2

Gesucht

Gut eingef. Reisende in Papier- und Devotionalien-Geschäften für Saargebiet gesucht. Neuz Artikel Erfolg gesichert.
Librairie „PROGRÈS“
 für P. Lg. rue de Yverdon 66/B Anvers

Abonnentenwerber FÜR STRASBOURG

SOFORT GESUCHT
 Schreiben an: **AGENCE LIBERTÉ**
 2, pet. rue d'Austerlitz

BRIEFKASTEN

Die neue Weltbühne, Fran 1, Melantrichova 1, Nr. 48 ist jeden erdienen und enthält folgende Beiträge: Willi Schlam „So wollen wir Deutschland“; Leo Trotski „Pazifist Dittler“; Adolf Hitler „Mein Kampf gegen Frankreich“; Heinrich Mann „Die Erpresser“; Ein Jurist „Pubbe hebt den Kopf“; Heinrich Heine „Deutsche Christen“ und ein Christ; „Die Hüter der Flamme“; Hermann Schwewe „Sunderland Italien“.

Die „Neuen Deutschen Blätter“, Nr. 2, erschienen in verstärktem Umfang und bringen einen interessanten Briefwechsel zwischen Stefan Zweig, Ernst Fischer und Wieland Herzfelde sowie Germania zur Mühlen und dem Engelhorn-Verlag, Stuttgart, unter dem Titel „Briefe, die den Weg beleuchten“, Weiter Vol der Elden; „Mir wäre nichts Besonderes passiert“, Briefe von Ludwig Börne, Prosa von Theodor Winius, Stefan Hochrainer, R. G. Weiskopf u. a. sowie in der „Stimme aus Deutschland“ ergreifende Schilderungen wirklicher Ereignisse sowie einen Original-Instruktionsplan für den Nord-West-Sturm Lichterfelde. Eine Auseinandersetzung: „Zwei Grabreden auf Karl Kraus“, eine Satire „Das erlösende Mittel“ von Oskar Haun, Buchkritiken, Wöfen usw. beschließen das 72 Seiten starke Heft. Preis: Ko 6,50.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pfl in Tübingen; für Anzeigen: Otto Rohan in Saarbrücken. Anzeigenabdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schuppenstraße 6.